

**Knut Krusewitz**

## **Sind weltweite Umweltgefahren ein Sicherheits- oder ein Friedensthema?**

*Veröffentlicht in: Österreichisches Studienzentrum für Friedens- und Konfliktforschung, Hrsg., Europa und die Dynamik der globalen Krise. Friedensbericht 2006, Münster 2006, S. 207-226*

### **1. Worum es geht**

Die Geschichte des Kapitalismus im 20. Jahrhundert war trotz - oder wegen - ihrer Weltwirtschaftskrisen, seiner Weltkriege, seines Verlustes von Kolonien sowie ständiger privater und öffentlicher Wertvernichtungen, per Saldo eine Geschichte exponentiellen\* Wachstums.(1) In diesem Zeitraum wuchsen die Weltwirtschaft um das 20-fache, der Verbrauch fossiler Brennstoffe um das 30-fache und die industrielle Produktion um das 50-fache.(2) Weil das industrie-kapitalistische System in die Natur eingebunden ist, verlief auch das Wachstum aller für planetarische Umweltgefahren relevanten physischen Größen exponentiell. □

Als bedeutsamste Erscheinungsformen dieser Gefahren gelten heute:

1. Klimawandel,
2. stratosphärischer Ozonabbau,
3. Gefährdung der Weltmeere,
4. Verlust biologischer Vielfalt,
5. Entwaldung, Bodendegradation,
6. Erschöpfung der Energie-, Rohstoff- und Süßwasservorräte,
7. Intoxikation der Biosphäre(3) und, so wollen wir hinzufügen,
8. Militarisierung der Biosphäre einschließlich des erdnahen Weltraums(4).

Nun lässt sich von deskriptiven Aussagen über solche Gefahren, die auf umweltstatistischen Erhebungen und satellitengestützten Bilddateien beruhen, nicht auf ihre vielschichtigen gesellschaftlichen Ursachen schließen; direktes Folgern vom weltökologischen Ist- zum umwelt- und friedensfördernden Soll-Zustand wäre ein naturalistischer Fehlschluss. Die Ökologie ist eine empirische Wissenschaft, keine normative Leitwissenschaft. Gleichwohl bleibt ihre Forschung über Wirkungszusammenhänge, Grundstrukturen und Belastungsgrenzen der die menschliche Existenz tragenden ökologischen Systeme unverzichtbar. Sie wird benötigt für die Beurteilung jeder umweltverträglichen Alternative(5) zur privatwirtschaftlich betriebenen Globalisierung(6), die hauptverantwortlich ist für den weltökologischen Ist-Zustand und für das rasche Abschmelzen der materiellen Entwicklungsbasis nachkommender Generationen(7).

*\*Die Exponentialfunktion ist der mathematische Ausdruck der Maßlosigkeit von Wachstumsprozessen. Es handelt sich um eine Funktion, bei der jeder Zuwachs pro Zeiteinheit proportional dem Funktionswert, dem schon erreichten Bestand, ist. Alle Größen, die um einen konstanten Prozentsatz pro Zeit wachsen, wachsen exponentiell; der Zuwachs wird immer größer, je größer der Funktionswert ist.*

Ob Friedensforschung mit herrschenden Globalisierungsinteressen kollidiert, entscheidet ihr Erkenntnisinteresse. Es kann zu einem brisanten Problem werden, wenn es zur Problemidentifizierung führt, die Lösungen mit weitreichenden strukturpolitischen Effekten impliziert.(8) Aus diesem Grund befassen sich eher kritische Umwelt- und FriedensforscherInnen mit gesellschafts- und wirtschaftsverändernden Implikationen globalisierter Umweltgefahren als ihre regierungs- und machtnahen KollegInnen(9).

Die Ausgangsthese dieses Beitrags lautet deshalb: Der Abbau des weltökologischen Krisenpotenzials muss von der Reform jener gesellschaftlichen Strukturen begleitet werden, die bislang die Vorherrschaft eines ökonomischen Systems perpetuieren, das „durch die immense Ausbeutung von Mensch und Natur seine materiellen Reproduktionsgrundlagen selbst erschöpft und zerstört.“(10)

Nicht zufällig empfahl die EU-Kommission kürzlich Europäischem Rat und Parlament die Überarbeitung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie mit der Begründung, sie solle zukünftig „die notwendigen strukturellen Änderungen in der Wirtschaft“ beschreiben, „um in Richtung nachhaltige Produktions- und Verbrauchsmuster und Bekämpfung nicht nachhaltiger Trends voranzukommen.“(11)

Die nachhaltigkeitsstrategische Richtung ist der Kommission durchaus bekannt: „Sustainable development will only happen, if it explicitly planned for. Market forces or other unconscious and undirected phenomena cannot solve the serious problems of sustainability.“(12)

Ob die Hauptverursacher globaler Umweltgefahren jedoch tatsächlich den notwendigen Strukturwandel betreiben, versuche ich in vier Argumentationsschritten zu überprüfen. Zunächst verweise ich auf den Kernbestand weltökologischer Gefahren. Ihn formuliere ich dann um in eine friedenswissenschaftliche Problemstellung. Aus dieser Perspektive frage ich nach der Politisierung des ökologischen Konfliktpotenzials in den USA und in der EU. Ob die daraus resultierenden Umweltstrategien geeignet sind, das globalisierte ökologische Gefahrenpotenzial abzubauen, wird abschließend beurteilt.

## **2. Globalisierte Umweltgefahren**

### **2.1 Kernbereiche**

#### **Klimawandel**

Klimawandel ist definiert als eine statistisch signifikante Abweichung entweder vom mittleren Klimastatus oder von seiner Schwankungsbreite, die über einen längeren Zeitraum hinweg (üblicherweise Jahrzehnte oder mehr) anhält. Der klimarelevante CO<sub>2</sub>-Gehalt der Erdatmosphäre stieg seit Beginn des Frühkapitalismus von 280 auf etwa 360 ppm (Teile pro Mio.). Die erhöhte Treibhausgas-Konzentration führte zu einem Anstieg der Lufttemperatur und damit der Erderwärmung. Der Treibhauseffekt entsteht, weil Kohlendioxid und andere Treibhausgase zwar nicht die kurzweilige Einstrahlung von Sonnenlicht behindern, aber die langwellige Energieabstrahlung ins Weltall.

Die reichen Länder mit höherem Pro-Kopf-Einkommen produzieren einen wesentlich höheren CO<sub>2</sub>-Anteil (44%), als es ihrem Anteil an der Weltbevölkerung (14%) entspricht(13). Wird dieser Trend nicht umgekehrt, lassen sich allgemeine Aussagen über seine wahrscheinlichen Folgen machen. „Die Klimamodelle lassen kaum noch Zweifel daran, dass sich als Folge einer prognostizierten Verdopplung der CO<sub>2</sub>-Konzentration bis 2100 die Erde im globalen Mittel um bis zu 2° C aufheizen würde, wobei dieser Wert in vielen Regionen sogar übertroffen werden dürfte“(14) oder erheblich früher erreicht wird. So stieg etwa die Temperatur in Europa in den letzten hundert Jahren um 0,95°C, in Österreich um 1,8° C, die im weltweiten Durchschnitt jedoch „nur“ um 0,7° C.(15) Wird diese Entwicklung nicht rasch abgebrochen, baut sie ein weltökologisches und weltwirtschaftliches Krisenpotenzial auf, dessen verheerende soziale Folgen alle Krisenstäbe der Welt nicht mehr beherrschen.

#### **Verluste land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen**

Die Entwicklung der Weltbevölkerung macht eine erhöhte Nahrungsmittelproduktion nötig, die zu einer intensiveren Bearbeitung der bestehenden Flächen und soweit möglich zu einer Ausdehnung der Anbauflächen, z.B. durch (Brand-)Rodung, der Urwaldfläche führen.

Denn im Jahre 2000 musste ein Hektar Land, der in den frühen 70er Jahren durchschnittlich 2,6 Personen ernährte, bereits 4 Personen ernähren.(16) Die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion wird deshalb nur über die umweltbelastende Verwendung von Kunstdünger, Pestiziden, Herbiziden, durch künstliche Bewässerung und energieintensiven Maschineneinsatz möglich sein.

Dies wird unmittelbar Auswirkungen auf die Böden haben. Schon heute weisen 15% der Böden weltweit deutliche Bodendegradationserscheinungen auf. Die zunehmenden Bodenveränderungen werden insbesondere durch chemische und physikalische Bodenveränderungen und Erosion durch Wind und Wasser verursacht.

Die Böden der Erde weisen in vielen Ländern bereits heute mittlere bis schwere Schädigungen auf. Verursacht werden die Degradationen beispielsweise durch die rasch wachsende Weltbevölkerung und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten, in deren Folge Übernutzungen und Umgestaltungen von Pflanzendecken, Verdichtungen und Versiegelungen von Böden sowie Belastungen durch toxische organische und anorganische Stoffe auftreten. Schwere Bodendegradationen bedeuten Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen. Der Verlust land- und forstwirtschaftlicher Fläche sowie Bodendegradation verschlechtern stetig die Lebensbedingungen der betroffenen Menschen. Hungersnöte, kriegerische Auseinandersetzungen und Migration sind bereits jetzt ihre verbreiteten Folgeerscheinungen.(17)

### **Verluste biologischer Vielfalt**

Die biologische Vielfalt, das natürliche Kapital unseres Planeten, erlebt gegenwärtig einen dramatischen Zusammenbruch. „Seit 1860 hat der Mensch rund 13% der vorindustriellen Biomasse zerstört. Nutzungsveränderungen auf großen Flächen der Erde (wie Rodung von Wäldern, Umwandlung von Weiden in Ackerland, Verlust von Feuchtgebieten usw.) sind u. a. ein Grund für den Verlust von Ökosystemen, das Artensterben und den Schwund des weltweiten Genpools. „Schätzungsweise 40 - 50% der Landoberfläche sind bisher vom Menschen umgewandelt oder degradiert worden“. (18)

Damit geht der Verlust potentiell nutzbarer Arten oder Naturstoffen einher, die Regulierungsfunktion von Ökosystemen wird gefährdet, und es verschwinden immer mehr kulturell, ästhetisch oder wissenschaftlich wichtige Biotope.

Der Verlust an Kulturpflanzensorten und Nutztierassen führt zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber Schädlingen und Krankheiten und damit zu einer möglichen Gefährdung der Ernährungsgrundlagen der Menschen“, die Krisen und Konflikte auslösen können.

### **Verknappung und Verschmutzung von Süßwasser**

Durch Bewässerungslandwirtschaft, Industrialisierung und Verstädterung werden die Süßwasservorräte lokal und regional übernutzt. In vielen Teilen der Welt kommt es vermehrt zu Wasserknappheit und Wasserverschmutzung; die Bekämpfung der durch Wasser übertragenen Krankheiten ist bereits weltweit ein wichtiges Anliegen. Aus der knapper werdenden Ressource Wasser entstehen zunehmend ökonomische, soziale und politische Konflikte, die auch globale Auswirkungen haben können.(19)

### **Verschmutzung und Übernutzung der Weltmeere**

Der Ozean erfüllt wichtige ökologische (insbesondere klimatische) Funktionen, ist aber auch eine bedeutende Nahrungsquelle sowie eine Senke für Emissionen. Die Küstenregionen und Randmeere werden überdies durch direkte Einleitungen über Flüsse zunehmend mit Schadstoffen belastet. Ein weiteres Problem: „Schätzungsweise drei Viertel der globalen Fischbestände werden bis zu ihren biologischen und darüber hinaus ausgebeutet. [...]. Für mehr als eine Milliarde Menschen ist Fisch eine Hauptnahrungsquelle. Für etwa 200 000 ist Fischfang eine Existenzgrundlage.

Da wird klar, warum „Überfischen der weltweiten Bestände“ - durch „immer größere und mächtigere ausländische Flotten, die „Fischfang für internationale Märkte“ betreiben -, „eines der großen Umweltprobleme unserer Zeit darstellt“(20), das zahlreiche EU-Staaten durch ihr ständiges Überschreiten verbindlicher Fangquoten zudem verschärfen.(21)

Rasch abnehmende Weltrohstoffvorkommen

Die Nutzungsdauer nicht regenerierbarer Energieträger wie Erdöl, Erdgas, Ölschiefer, Teersand, Kohle oder Uran einerseits und andererseits mineralischer Rohstoffe andererseits differiert erheblich. Dieser Tatbestand darf jedoch die in beiden Bereichen vorherrschende exponentielle Wachstumsstruktur nicht übersehen lassen. Sie machen die wegen der abnehmenden Rohstoffe absehbaren Verteilungskonflikte zu einem Thema mit gewaltförmigem Gehalt.

„Das Konfliktpotenzial im Energiesektor besteht hauptsächlich aus Verteilungskonflikten“(22), weil die Verfügbarkeit über Energie- und mineralische Ressourcen nach herrschender Auffassung über „Macht, Wohlstand und Armut“ entscheidet(23). Aus diesem Grund gehört eben nicht nur für das deutsche Kapital „de[r] ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“(24) zu den „vitalen Sicherheitsinteressen“ gehört, die westliche „Krisenreaktionskräfte“ militärisch verteidigen sollen.(25)

#### **Zunehmende Übernutzung natürlicher Ressourcen**

Nichtnachhaltige Nutzung biologischer Ressourcen (z. B. bei Jagd, Fischerei, Weide- und Waldwirtschaft) führte in einigen Weltregionen zu bedrohlichem Rückgang.

#### **Umweltbedingte Gefährdung der Welternährung**

Große Teile der Menschheit sind fehl- oder unterernährt. Ihre Ernährung wird durch Bodendegradation, Wasserknappheit, Bevölkerungswachstum und herrschende Verteilungsbedingungen zunehmend schwieriger und konflikträchtiger.

#### **Militarisierung der Erde und des erdnahen Weltraum**

Erde und erdnahe Weltraum sind Arbeits- und Wissensgebiete der Atommächte, namentlich amerikanischer und europäischer. Infrastruktur und Einsatzgebiete ihrer nuklearen und konventionellen Arsenale erstreckt sich über Kontinente, in die Weltmeere, die Atmosphäre und den Weltraum. Sie studieren Bevölkerung und Ökonomie, politische und topographische Verhältnisse, Klima und natürliche Ressourcen als Maßstäbe für Macht und als Determinanten für Strategie. Ihre permanente Bereitschaft zur weltweiten Kriegsführung ist auf wissenschaftliche Erforschung und satellitengestütztes Monitoring aller denkbaren Schlachtfelder angewiesen.(26)

Diese militärischen Aktivitäten haben drei beachtliche Umweltbezüge. Erstens verursachen sie ständig weiträumige, langanhaltende, schwerwiegende Umweltschäden. Zweitens benötigen sie einen wachsenden Anteil der knapper werdenden Ressourcen.(27) Und drittens verbrauchen sie jährlich exorbitante Steuergelder, die zur Finanzierung einer nachhaltigen Produktions- und Verbrauchsweise - notwendige Bedingungen zur Vermeidung globaler Umweltgefahren -, fehlen. Auf den letzten Aspekt komme ich zurück.

#### **Bewertung**

Den genannten zivilen und militärischen globalen Umweltgefahren sind beachtliche ökologische Krisenpotenziale immanent; sie allein geben jedoch keine Auskunft über ihre tatsächlichen ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Entstehungs-, Entwicklungs- und Abbaubedingungen. Diese Arbeit hätten kritische Umwelt- und FriedensforscherInnen erst noch zu leisten.

### **3. Friedenswissenschaftliche Fragestellung: Globale oder globalisierte Umweltgefahren?**

Sie werden ihr Nachdenken über den Abbau des ökologischen Gewaltpotenzials schon deshalb mit sorgfältiger Problemidentifizierung beginnen wollen, weil der regierungsnahen europäischen Umwelt- und Friedenswissenschaftsbetrieb sie vermied. Statt sich die Mühsal langwieriger Ursachenforschung aufzubürden, übernahm er unkritisch die Perspektive der amerikanischen Umwelt- und Konfliktforschung, aus der globalisierte Umweltgefahren nur als ein weiteres Sicherheitsproblem - environmental security - erschienen: „Over the past decade, there has been lively discussion and active research in North America on the issue of environmental security.“(28)

Im Jahre 1995 setzte die US-Regierung das Thema environmental security (Umweltsicherheit) auf die NATO-Agenda, worauf der Nordatlantikrat empfahl, im Rahmen des *Committee on the Challenges of Modern Society* (CCMS; dt.: NATO-Umweltausschuss) eine Pilotstudie über „Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext“ erarbeiten zu lassen. Die Leitung dieses Projekts übernahmen das Department of Defense und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Studie erschien dann vier Jahre später. Weil sie das US-Verständnis von globalisierten Umweltgefahren propagierte, machte auch die NATO *environmental security* zu ihrer ureigenen Angelegenheit.(29)

Die absehbare Resonanz beförderte die Pilotstudie rasch zur Referenzstudie, mit der die NATO dann „maßgeblich die politische Diskussion dieses Themas in zahlreichen Staaten und innerhalb der europäischen Union“ beeinflusste.(30)

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde die unbefangene Problemidentifizierung zur Aufgabe kritischer WissenschaftlerInnen.

Nicht nur marxistische Wissenschaftler haben die Funktionsbedingungen des bürgerlich-kapitalistischen Wachstumsmodells\* als wesentliche Ursachen weltweit signifikanter Umweltgefahren identifiziert(31). Auch Umweltwissenschaftler, die im Auftrag der Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) einen Expertenbericht über Wirtschaft und Umwelt verfassten, urteilten bereits 1982: „Viele der Umwelt- und Ressourcenprobleme, auf Weltebene [...] ergeben sich hauptsächlich aus den Produktions- oder Konsumstrukturen oder aus der Technologie der Länder der OECD“. Und an anderer Stelle las man: „Die meisten Ressourcenprobleme, auf die die Entwicklungsländer sehr schnell treffen, ergeben sich nämlich aus der Wirtschafts- und Handelspolitik und aus anderen Politiken der Länder der OECD.“(32)

Eine überragende Rolle spielen dabei in den OECD-Ländern beheimatete multinationale Unternehmen. Ihre „Investitionen spielen eine wichtige Rolle bei der Wirtschaftsentwicklung und im Welthandel [...], es ist jedoch unbestritten, dass sie häufig mit erheblichen Einbußen der Ressourcen, die nicht unerschöpflich sind, und mit Schäden für die Umwelt und für die ökologischen Grundlagen Hand in Hand gehen“.(33)

Die globalen Umweltgefahren sind folglich globalisierte Umweltgefahren.

Sie werden hervorgerufen durch die sozialökonomischen Bedingungen des globalisierten Kapitalismus, die darüber entscheiden, ob und wie Natur vergesellschaftet, angeeignet, verwertet, gefährdet und geschützt wird.

- Charakteristisch für diese Bedingungen ist der globale Kampf um Größe und Marktanteile, der zu einem weltumspannenden Netz weniger Großunternehmen führte, die „ihr Marktverhalten nicht nach Regeln von Angebot und Nachfrage ausrichten müssen, sondern die ihrerseits die Spielregeln festlegen“(34), auch die ökologischen.
- Dennoch, oder deshalb, sind die sozialen Träger der Globalisierung in den „500 mächtigsten transkontinentalen kapitalistischen Privatgesellschaften der Welt“ in Industrie, Handel, Dienstleistungen und Bankwesen, die „im Jahr 2004 52% des Weltsozialprodukts“(35) kontrollierten, nicht bereit, ihre „Sichtweise der Wirtschaft und der Umwelt von Grund auf“ zu revidieren.(36)

Sie müssen deshalb weiterhin mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Gewalt die Aneignungs- und Verteilungsbedingungen der Weltressourcen verteidigen, die es 20% der Menschheit erlauben, 80% davon zu verbrauchen.(37) Nicht zufällig betrug 2004 der Anteil der reichen Länder (14% der Weltbevölkerung) an den Weltrüstungsausgaben ungefähr 75%(38), allein der Anteil der USA betrug rund 47%.(39)

**Auf diesem Hintergrund müssen der Versuch der USA verstanden werden, die Folgen globalisierte Umweltgefahren sicherheits- und militärpolitisch eindämmen, und der Versuch der EU, sie sowohl sicherheits- als auch nachhaltigkeitspolitisch zu reduzieren.**

*\*Zu diesen Funktionsbedingungen gehören das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Orientierung der Unternehmensführungen an stetig wachsenden Gewinnen, der Zwang zur Akkumulation von Kapital, die Verwandlung menschlicher Arbeitskraft in Ware, die Ausübung ökonomischer Macht durch das Kapitalverhältnis, sozialer Herrschaft und politischer Macht durch akkumulierten Reichtum (Profit, Zinsen, Renten) sowie die Unterordnung außermenschlicher Natur unter das Kapitalverhältnis.*

## 4. Politisierung globalisierter Umweltgefahren in den USA

### 4.1 Wahrnehmung globalisierter Umweltgefahren

"The President, Secretary of State, Director of Central Intelligence and Deputy Undersecretary of Defense all at one time or another identified the environment as a factor central to conflict and instability. [...]. In 1994, the Undersecretary of Defence grew interested in the concept and organised in 1995 an interagency conference on 'Environmental Security and National Security', which spawned a series of follow-up activities."(40) Die folgenden Aktivitäten dieser Behörde konzentrierte sich auf das Ziel, die Implikationen globalisierter Umweltgefahren für die nationale und militärische Sicherheitsstrategie zu bestimmen. Die National Security Strategy von 1996 fasste das Ergebnis dieser Ermittlungen zusammen. „Eine Reihe transnationaler Probleme, die einst weit entfernt schienen wie Umweltdegradation, Erschöpfung natürlicher Ressourcen, rapides Bevölkerungswachstum und Flüchtlingsströme, stellen nun Bedrohungen unseres Wohlstands dar und haben Implikationen sowohl für die gegenwärtige wie auch die langfristige amerikanische Sicherheitspolitik.“

Überdies sei der „wachsene Wettbewerb um schwindende Reserven an nichtkontaminierter Luft, fruchtbarem Land, Fischbeständen und anderen Nahrungsquellen sowie Wasser, die einstmals als 'freie' Güter galten,“ bereits ein „sehr reales Risiko für die regionale Stabilität rund um die Welt.“(41)

### 4.2 Von der Environmental Security zur Military Environmental Security Mission

Zur selben Zeit erarbeitete das Department of Defense (DoD) seine military environmental security mission, die der damalige Verteidigungsminister William Perry dann zur „präventiven Verteidigung“ erklärte. Sie schaffe „die Bedingungen, die den Frieden unterstützen, Krieg unwahrscheinlicher machen und Abschreckung unnötig.“(42)

Der nächste Schritt führte zur Gründung einer Unterabteilung für Environmental Security im Pentagon. Ihr erster Direktor war Gary D. Vest, der uns bereits als Co-Direktor der CCMS-Pilotstudie über „Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext“ begegnete. Die Herausforderung, mit der ihn sein neues Arbeitsgebiet konfrontierte, definierte er so: „What in the world (environment) is worth (America) fighting for? Are the Amazon rainforests with their biodiversity and ability to mitigate global climate change worth the use of military power to protect?

What about threats to the world's critical water resources? Or threats to the supplies of oil we need to fuel our economy - even at the cost of affecting the global climate?"(43)

Von ihm wurde folglich eine ökologisch überzeugende Begründung für den erweiterten Kampfauftrag der US-Streitkräfte erwartet. Er löste diese Aufgabe, indem das Konzept des „präventiven Friedens“ ausdifferenzierte in Aufgabenbereiche mit verschiedenen Zielstellungen: „Umweltverantwortliches Handeln durch militärische Einheiten sicherzustellen, wo auch immer sie seien; angemessenen Zugang zu Land, Luft und Wasser sicherzustellen, um einen Verteidigungsauftrag durchführen zu können; zu verstehen, wann die Umweltbedingungen zur Instabilität beitragen und wie die Umwelt in den Zusammenhang von Krieg und Frieden hineinpasst; verteidigungsbezogene Belange in die Entwicklung nationaler Sicherheit einzubringen; zu untersuchen, wie Verteidigungskomponenten als Instrumente der globalen US-Umweltpolitik dienen können.“(44)

Diese militärische Wahrnehmung globalisierter Umweltgefahren übernahm die US-Regierung und vertrat sie dann national und international. „The military environmental security mission, as described in the National Military Strategy (NMS), is to support the NSS and complement the national environmental security strategy. The fundamental environmental security issues are environmental resource scarcity and degradation. Critical resources are croplands, forests, water, and fish. The DoD can undertake meaningful international environmental security missions in support of overall U.S. environmental security strategy.“(45)

### 4.3 Der präventive Frieden genierte die Military Sustainability Mission

Das 1995 gegründete Institut für Internationale und Europäische Umweltpolitik Ecologic, zu dessen Auftraggebern NATO, Weltbank, Auswärtiges Amt und Daimler Benz gehören(46), legte 1996 für das Bundesministerium für Umwelt einen Zwischenbericht zu der erwähnten NATO/CCMS-Pilotstudie Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext vor.

Darin stellen die Autoren auch den Zusammenhang zwischen military environmental security mission und sustainable development agenda her, weil ihrer Meinung nach beide Themen „eng verbunden“ seien. „Sicherheit im militärischen Sinne zu erreichen, ist eine Hauptbedingung für den Erfolg jeder Strategie, die auf die Erreichung von Nachhaltigkeit zielt. Dies liegt daran, dass gewalttätige Konflikte und die daraus folgende Zerstörung den Bemühungen um die Realisierung nachhaltiger Entwicklung notwendig widerspricht. Somit ist die Bewältigung von Umweltproblemen, die gewalttätige Konflikte verursachen oder dazu beitragen, selbst schon ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.“(47) Zumindest nach Auffassung beider NATO-Umweltwissenschaftler, aber auch der seit Anfang 2000 amtierenden Bush-Regierung. Die praktiziert nämlich “security more distinctly in a military context, and pursued actively through the use of arms”.(48)

Mit dieser Methode werden NATO und USA allerdings ihre eigenen Bevölkerungen nicht vor den verheerenden Begleiterscheinungen globalisierter Umweltgefahren schützen können. Diese Sicherheitslektion erteilte der Hurricane Katrina im September 2005 seinen Opfern in New Orleans.(49) Die zweite erteilte das Ergebnis einer sicherheitspolitischen Kosten-Nutzen-Analyse des jüngsten US-Krieges im Irak (2003 ff.):

„Take the conservative estimate of a trillion dollars [1 Billion Dollar]. Half that sum would have put social security on a firm grounding for the next seventy-five years. [...]. If some of the money spent on research were devoted to alternative energy technologies, or to providing further incentives for conservation, we would be less dependent on oil, and thereby more secure [...]. While we may not know what causes terrorism, clearly the desperation and despair that comes from the poverty that is rife in so much of the Third world has the potential of providing a fertile feeding ground. For sums less than the direct expenditures on the war, we could have fulfilled our commitment to provide 0.7% of our GDP to help developing countries - money that could have made an enormous difference, for the better, to the well being of billions today living in poverty.”(50)

## 5. Politisierung globalisierter Umweltgefahren in Europa

### 5.1 Die EU nimmt globalisierte Umweltgefahren wahr

Die EU-Kommission wählte 1993 einen völlig anderen Zugang zur Erklärung globalisierter Umweltgefahren als die US-Regierung. Ihr Ergebnis stellte sie 1994 im Schlusskapitel eines Weißbuchs über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert vor. „Viele politische Entscheidungen [der EU] in den Bereichen

- Besteuerung,
- Subventionsvergabe,
- Wettbewerb,
- Infrastruktur,
- Arbeitsorganisation,
- Bodennutzung,
- Stadtplanung und so weiter“

waren jeweils „in bestimmten konkreten Zusammenhängen oder aber aufgrund von langfristigen Erwägungen zustande gekommen,

- die mit dem Ziel einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung nicht mehr vereinbar sind.“ In noch stärkerem Maße gelte dies für die
- „sektorale Politik in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft“, - und, so wollen wir ergänzen: Rüstungsindustrie und Militär -,
- „bei denen bestimmte Entscheidungen, die in den fünfziger oder sechziger Jahren getroffen wurden, gründlich überprüft werden müssten.“(51)

Die Kommission hielt den „**Übergang zu einem tauglicheren Wirtschaftsmodell**“ aus einem weiteren Grund für zwingend: Würden die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa „auf die ganze Welt ausgedehnt, so benötigte die Erde ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen.“ Die „Extrapolation veranschaulicht das Ausmaß der weltweiten Verteilungskämpfe [sic!], die drohen, falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends umzukehren.“

Und die damit zusammenhängenden „Formen der Umweltschädigung bedrohen nicht bloß örtliche Ökosysteme, sondern auch das natürliche Gleichgewicht der ganzen Erde:

- Klima,
- Ozonschicht,
- Artenvielfalt.“(52)

**Die Bedeutung globalisierter Umweltgefahren ist den EU-Kommissionen also bereits seit Ende des Ost-West-Konflikts durchaus bewusst.**

5.2 Folgeles Erkenntnis, deshalb zweiter Versuch

Statt nun aber den Übergang zu einem „tauglicheren Wirtschaftsmodell“ zu planen, verhielten sich die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten so, als stünden auch langfristig weltweit genügend natürliche Ressourcen zur Verfügung. Kritisch für eine nachhaltige Entwicklung waren aus ihrer Sicht nicht die rasche Verknappung natürlicher Ressourcen, sondern ihre ungleiche Verteilung und ineffiziente Nutzung.(53)

Deshalb war bereits kurz nach Veröffentlichung des Weißbuchs vom notwendigen Wandel zu einem nachhaltigen europäischen Wirtschafts-, Umwelt- und Friedensmodell keine Rede mehr.

Allerdings musste sich die EU einige Jahre später im Vorfeld des Johannesburg World Summit on Sustainable Development (2002) erneut mit dieser Thematik befassen. Zu diesem Anlass formulierte die Kommission eine EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, die der Europäische Rat 2001 in Göteborg verabschiedete. Im Jahr 2002 legte die Kommission eine zweite Mitteilung mit Schwerpunkt auf der Außendimension der nachhaltigen Entwicklung vor, die vom Europäischen Rat in Barcelona gebilligt wurde. Gemeinsam bilden diese Texte die Grundlage der umfassenden EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, die Etappen auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung(54) beschrieb. Zunächst stellte sie fest: „Since the Rio Conference in 1992, many new initiatives have emerged to address specific elements of sustainable development, but overall progress has been slow“ - auch innerhalb der Europäischen Union.

Deshalb habe sich die seither die soziale Lage der Weltgesellschaft kaum verbessert.

„Half of the world's population lives on less than \$ 2 per day. About one billion women and men are unemployed, under-employed or working poor, 250 million children are working world-wide, and some 80% of the working age population do not have access to basic social protection. Inequality between and within countries is increasing. In 1960, the income of the richest fifth of the world's population was 30 times larger than that of the poorest fifth: today it is 90 times larger. The richest fifth account for nearly 86% of total private consumption.“(55)

Die Liste ließe sich verlängern: Nur „20 Prozent der Menschheit genießen inzwischen 90 Prozent der Güter; die reichsten 200 Weltbürger verfügen über ein Vermögen, das dem jährlichen Einkommen der Hälfte der Menschheit entspricht (über eine Billion US\$), eine Milliarde Personen lebt im Wohlstand, eine Milliarde in grausamem Elend, vier Milliarden vegetieren am Existenzminimum.“(56)

Hinter diesen Daten verbirgt sich ein weltweites Strukturproblem, das einer dauerhaft ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung. Seit Jahrzehnten korreliert wirtschaftliche Globalisierung nicht mit dem Abbau von internationaler Ungleichheit, sondern eher mit ihrer Vertiefung oder bestenfalls mit ihrer Stagnation. „Wenn sich überhaupt Veränderungen ergeben haben, dann fand eher eine Verschärfung statt. So nahm im Zeitraum 1980 bis 2000 bei einer Grundgesamtheit von 73 Ländern die Ungleichheit in 48 Ländern zu und ging in 9 Ländern zurück.“(57)

Der folgende Abschnitt der Globalen Partnerschaftsprogrammatik nahm ein Thema des Weißbuchs 1994 wieder auf: „Industrialised countries have important responsibilities in promoting sustainability initiatives - first and foremost by putting their own house in order, and by supporting a move to sustainable production and consumption patterns [...]. All their policies - internal and external - should integrate sustainable development goals and take into account global needs.“(58)

Ein solches Nachhaltigkeitskonzept müssten die Europäer jedoch erst einmal „in their own house“ verwirklichen.



Würden sie nämlich ihrer Nachhaltigkeitsprogrammatis folgen, die eine Gleichrangigkeit ökonomischer, ökologischer und sozialer Dimensionen nachhaltiger Entwicklung postuliert, dann „müsste die europäische Nachhaltigkeitsstrategie als umfassender Programmentwurf allen anderen Strategien übergeordnet sein. Dies ist aber bisher nicht der Fall.“(59)

### 5.3 Europas selbst verschuldete Dilemmasituation: Sustainabilisierung oder Militarisierung

Aus diesem Grund sind die eigenen Bemühungen um Sustainabilisierung der Wirtschaft wenig beeindruckend, worauf die jüngste Überprüfung der EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung verwies.(60) Danach verschärfen sich in der EU „nicht nachhaltige Trends“(61) und es „gibt nur wenige Anzeichen, dass die meisten Bedrohungen der nachhaltigen Entwicklung abgewendet wurden.“(62) So hätten die Mitgliedstaaten den bereits im Weißbuchs 1994 präsentierten Vorschlag noch immer nicht geprüft, „wie sie die Steuerlast von der Arbeit auf die Ursachen von Umweltschäden verlagern können.“(63)

Und auch der Überprüfungsbericht forderte wieder: Trends, die „die nachhaltige Entwicklung am stärksten gefährden [...], erfordern größere strukturelle Veränderungen in der Funktionsweise unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften.“(64)

Trotz - oder wegen - solcher Einsichten plant die EU das Gegenteil mit ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie, dem vorläufig gescheiterten Vertrag über eine Verfassung für Europa und dem Aktionsplan für das satellitenbasierten Erdbeobachtungssystem GMES (Global Monitoring for Environment and Security) - die Militarisierung weltgesellschaftlicher und weltökologischer Problemlösungen.

In diesen Schlüsseldokumenten strukturieren nämlich nicht mehr selbstkritische Einsichten und Selbstverpflichtungen den Umgang mit globalisierten Umweltgefahren, sondern dumpfe Verweise auf die eigenen Machtkapazitäten. Die EU mit ihren 25 Mitgliedsstaaten und 450 Millionen Einwohnern, liest man in der ESS, produziere zirka ein Viertel des Welt-Bruttosozialprodukts, unterhalte zwei Millionen Soldaten und finanziere 160 Milliarden Euro für Militärausgaben.(65) Daraus wird gefolgert, sie müsse auch militärisch „Verantwortung für die globale Sicherheit“ übernehmen.(66)

Zu diesem Zweck werde sie erst ihre Militärstruktur zügig entwickeln, um danach europäische Kampfverbände zur Verfolgung bestimmter Ziele weltweit als machtpolitisches Instrumentarium einsetzen zu können. In unserem Kontext interessiert ein Ziel, mit denen die EU-Kommission 2001 die Notwendigkeit des Projekts Global Monitoring for Environment and Security (GMES) begründete: „Umweltproblematik und Wettstreit um natürliche Ressourcen“ seien „Spannungsquellen, die zivilen und internationalen Unfrieden stiften können.“(67)

Die Kommission dachte da wahrscheinlich an die Umweltproblematik, die das kapitalorientierte, mithin alles andere als nachhaltige Wirtschaftswachstum in China und Indien verursacht, und beim Wettstreit um natürliche Ressourcen an die rasch steigende Nachfrage nach Energie, Nahrungsmitteln und Rohstoffen für die 2,5 Milliarden Einwohner beider Länder.(68) In jedem Fall müssten Europäische Entscheidungsträgern durch GMES die „Kapazität für globale sowie regionale Überwachung“ erwerben, die notwendig sei, „um effektiv den heutigen Bedrohungen und Herausforderungen in weiten politischen Bereichen zu begegnen.“(69) Die GMES-Dienste sollen also nicht nur zivil, sondern auch militärisch genutzt werden, sie haben folglich einen dualen Charakter.

Mit der Verpflichtung der EU, tatsächlichen Bedrohungen und Herausforderungen durch vorbildliche Nachhaltigkeitspolitik zu begegnen, hat das längst nichts mehr zu tun.

Und wer statt der Sustainabilisierung Europas seine Militarisierung betreiben will, der benötigt „eine Strategiekultur“, „die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“(70)

Die militärische Debatte über Strategische Kultur hat zwar erst begonnen(71), aber ihr Ergebnis ist bereits umrisshaft erkennbar. Diese Grand Strategy soll der EU alle Instrumente expansionistischer Systemsicherung bereit stellen - wirtschaftliche, politische, militärische, ökologische, ideologische - und zur Erreichung des Ziels integrieren.(72) Oder, im ESS-Jargon: „Die diplomatischen Bemühungen sowie die Entwicklungs-, die Handels- und die Umweltpolitik müssen derselben Agenda folgen.“(73)

**Strategische Kultur wäre danach eine Doktrin, die Europa befähigen soll, Kriege im Frieden vorzubereiten, was Frieden zum Krieg mit anderen Mitteln machte.**

Diese Bewertung der ESS stützt auch der - wohl kaum endgültig gescheiterte -, Vertrag über eine Verfassung für Europa, den die Staats- und Regierungschefs am 17./18. Juni 2004 angenommen haben. Denn er verpflichtet alle Mitgliedstaaten zur stetigen Aufrüstung. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung Beschaffung und Rüstung eingerichtet“. Zu den komplexen Aufgaben dieser Europäische Verteidigungsagentur gehören einmal die Ermittlung des operativen Bedarfs und Förderung von Maßnahmen zur Bedarfsdeckung, Beiträge „zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors“. Und zum andern die Durchführung dieser Maßnahmen, Beteiligung „an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung“ sowie die Unterstützung des Europäischen Rates „bei der Beurteilung der militärischen Fähigkeiten. (74)

Welche „Bedrohungs- und Sicherheitsanalysen“ uns die geplante Geschäftsstelle des Europäischen Rüstungskapitals später auch immer präsentieren wird - die hegemoniale Struktur des trilateralen Kapitalismus (USA-Japan-EU) als Hauptverursacher globalisierter Umweltgefahren -, wird sie jedenfalls nicht zum Gegenstand solcher Analysen machen.

Mit diesem Verständnis von Verantwortung der EU verträgt sich durchaus die geflissentliche Ignoranz der eigenen Verantwortung für die zunehmenden Ungleichheiten zwischen armen und reichen Teilen der Menschheit.

Eine Haltung, vor deren Folgen kürzlich eine Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel - der u. a. der frühere US-Sicherheitsberater Brent Scowcroft, die frühere norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland und der ehemalige chinesische Außenminister Qian Qichen angehörten -, in ihrem Bericht an die Vereinten Nationen warnte.(75)

Danach seien Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung und menschliche Freiheit unteilbar. Dennoch bestimmten Unterschiede in Bezug auf Macht, Reichtum und Geographie, was wir als schwersten Bedrohungen unseres Überlebens und unseres Wohlergehens wahrnehmen. Viele Menschen seien der Ansicht, dass das, was heute als kollektive Sicherheit gilt, eher ein System zum Schutz der Reichen und Mächtigen ist.

Derartige Wahrnehmungen stellten eine grundlegende Herausforderung für den Aufbau kollektiver Sicherheit in der heutigen Zeit dar.(76) Es könne, so die Hochrangige Gruppe weiter, keine kollektive Sicherheit geben, solange Bedrohungen nicht von allen Seiten als solche anerkannt würden. Selbsthilfe wird die Regel und Misstrauen wird an der Tagesordnung sein, und eine Zusammenarbeit zum langfristigen allseitigen Nutzen wird in weite Ferne rücken. Zwingend sei daher ein neuer Konsens zwischen brüchigen Allianzen, zwischen reichen und armen Nationen und zwischen Völkern, die, getrennt von einem offenbar immer breiteren kulturellen Abgrund, in gegenseitigem Misstrauen verharren. Das Wesen dieses Konsenses sei einfach: Wir alle trügen eine gemeinsame Verantwortung für unsere gegenseitige Sicherheit. Der Prüfstein für diesen Konsens wird das konkrete Handeln sein.(77)

Ist es Zufall, dass sich vergleichbare sicherheitspolitische Annahmen und Folgerungen weder in der Europäischen Sicherheitsstrategie, noch in der Begründung für das GMES-Projekt oder im Vertrag über eine Verfassung für Europa finden?

## 6. Abstract

Dies ist ein Beitrag zur Dialektik kapitalorientierter Globalisierung, planetarischer Umweltgefahren und falscher Problempertzeption. Er machte das wachsende Krisenpotenzial globalisierter Umweltgefahren bewusst, die heute wesentlich näher und somit realistischer sind als auf dem Höhepunkt der Friedens- und Umweltbewegung in den Industrieländern vor fünfundzwanzig Jahren. Überdies erklärt er, warum Hauptverursacher wie die USA und die Mitgliedsstaaten der EU auf das konfliktäre Gefahrenpotenzial nicht problemadäquat reagieren. Statt nach Ende des Ost-West-Konflikts mit der überfälligen Sustainabilisierung ihrer Gesellschaften und Volkswirtschaften zu beginnen, erweiterten sie ihre strukturkonservativen Sicherheitsinteressen, worunter sie rasch ihre globalen Umwelt- und Ressourceninteressen subsumierten.

Dennoch gab es zwischen amerikanischer und europäischer Politisierung der weltökologischen Gefahren eine beachtliche Differenz. In Europa begann sie mit der Einsicht in die eigene Verantwortlichkeit, die zur Forderung nach einer tiefgreifenden Korrektur bisheriger marktwirtschaftlicher Fortschritts- und Wachstumsvorstellungen führte. Die Konsequenz jedoch - strukturelle Veränderungen in der Funktionsweise unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften und Verabschiedung von tradierten Gewalt-, Militär- und Kriegsvorstellungen -, vermied Europa später.

Seither inszenieren die Verteidiger strukturkonservativer Gesellschaftsverhältnisse das, was der langjährige Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU), Heinrich Geißler als „Inzuchtdiskussionen“ charakterisierte. Sie lassen die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit zwar verschiedene Modelle zur Lösung weltweiter Umweltgefahren diskutieren, aber nur „innerhalb des derzeitigen ökonomischen Systems“, das „als solches falsch ist“. (78)

## 7. Literatur

(1) Hampicke, Ulrich, „Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung“, in: Das Argument, Jg. 17, H. 9/10 (November) 1975, S. 808 ff.; McNeill, John R. Blue Planet. Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Frankfurt/New York 2003

(2) Heinrich, Dieter/Manfred Hergt, dtv-Atlas zur Ökologie. Tafeln und Texte, 3. Aufl., München 1994, S. 249; Europäische Umweltagentur, EUA Signale 2004: Aktuelle Informationen der Europäischen Umweltagentur zu ausgewählten Themen, Kopenhagen 2004; Speth, James Gustave, Wir ernten, was wir säen. Die USA und die globale Umweltkrise, München 2005. S. 31 – 57

(3) Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen vom 5. – 16. Juni 1972 in Stockholm, in: Stockholmer Resultate, Berlin 1973, S. 159 - 230; Hauff, Volker, Hrsg., Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 97 - 231; Corell, Robert W./Patricia A. Anderson, Hrsg., Global Environmental Change. NATO Advanced Science Institutes Series, Berlin - Heidelberg - New York usw. 1991; Wissenschaftlicher der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU), Grundstruktur globaler Mensch-Umwelt-Beziehungen, Jahresgutachten 1993, Bonn 1993; WBGU, Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Biosphäre. Jahresgutachten 1999, Berlin - Heidelberg 1999

(4) Holdgate, Martin W. et. al., Bearbeiter, Umwelt – Weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 1972 – 1982, Berlin 1983, S. S. 627 - 656; Arkin, William M./Richard W. Fieldhouse, Nuclear Battlefields. Der Atomwaffen-Report, Frankfurt am Main 1986; Volker Hauff, Hrsg., Unsere gemeinsame Zukunft... (s.o. Anm. 3), S. 290 - 301;

(5) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 1994: Für eine dauerhaft-umweltgerechte Entwicklung, Stuttgart 1994, S. 70 ff.

- (6) Osterhammel, Jürgen/Niels P. Petersson, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen, 2. Aufl., München 2004, S. 97 - 113
- (7) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung, Jahresgutachten 1993 (s. o. Anm. 3), S. 156)
- (8) Küppers, Günter et. al., Umweltforschung – eine gesteuerte Wissenschaft? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik, Frankfurt am Main 1978, S. 259
- (9) Lietzmann, Kurt M./Gary D. Vest, Environment and Security in an International Context, Final Report of the NATO-Committee on the Challenges of Modern Society, Report No. 232 , Brussels 1999; Carius, Alexander et. al., Umwelt und Sicherheit: Forschungserfordernisse und Forschungsprioritäten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Berlin 1999; Pfahl, Stefanie et.al., The Use of Global Monitoring in Support of Environment and Security. Report for the Joint Research Centre of the European Commission, im Internet unter: [www.eurisy.asso.fr/events/humanitar/proceedings/pdf/873FINAL](http://www.eurisy.asso.fr/events/humanitar/proceedings/pdf/873FINAL)
- (10) Zinn, Karl Georg, „Die Kategorien ‘produktiv’ und ‘unproduktiv’. Über lebensnützliche und lebensfeindliche Bedürfnisse“, in: Das Parlament, Beilage Nr. 17, 1980 , S. 13
- (11) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Übererprüfung der EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung 2005: Erste Bestandsaufnahme und künftige Leitlinien, Brüssel 9. 2. 2005; SEK(2005) 225} /\* KOM/2005/0037 endg.
- (12) European Commission, ed., European sustainable cities. Report by the Expert Group on the Urban Environment, Brussels 1996, p. 239
- (13) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, Bonn 2002, S. 21
- (14) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Jahresgutachten 2000: Neue Strukturen globaler Umweltpolitik. Berlin - Heidelberg 2000, S. 24
- (15) Kromp-Kolb, Helga/Herbert Formmayer, Schwarzbuch Klimawandel. Wie viel Zeit bleibt uns noch?, Salzburg 2005, S. 43
- (16) Hoppe, Werner et. al., Umweltrecht, 2., vollständig überarb. Aufl., München 2000, S. 9
- (17) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Jahresgutachten 1998: Strategien zur Bewältigung globaler Umweltrisiken, Heidelberg 1998, S. 51.
- (18) Wissenschaftlicher Beirat, Jahresgutachten 1998... (s.o. Anm. 17) S. 51
- (19) Wissenschaftlicher Beirat, Jahresgutachten 1998... (s. o. Anm. 17), S. 51
- (20) Töpfer, Klaus/James Leape, „Kleine Fischer in den Entwicklungsländern geraten immer tiefer in die Armut“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 291, 14. Dez. 2005, S. 10
- (21) Frankfurter Rundschau, Nr. 17, 20. Januar 2006, S. 9
- (22) Haffner, Walter, „Die Energieversorgung der Großmächte in den kommenden 25 Jahren: Mögliche Auswirkungen auf die Geopolitik“, in: Andreas Zumach, Die kommenden Kriege, Köln 2005, S. 193
- (23) Roth, Wolfgang, „Schlecht geölte Welt“, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 296, 23. Dezember 2005, S. 4

- (24) Bundesminister der Verteidigung, Bundesminister der Verteidigung, Hrsg., Verteidigungspolitische Richtlinien, veröfftl. Manuskript, Bonn (26. November 1992), S. 5; Gruhl, Herbert, Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt am Main 1975, S. 300 - 325;
- (25) Bundesminister der Verteidigung, Erlass... (s.o. Anm. 23), S. 32
- (26) Arkin/Fieldhouse, Nuclear Battlefields... (s. o. Anm. 4), S. 20 f.
- (27) Krusewitz, Knut, „Umweltfolgen permanenter Kriegsbereitschaft – Beziehungen zwischen militärökologischen Zyklen, Kriegsvölkerrecht und Sustainability“, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Hrsg., Schurkenstaat und Staatsterrorismus. Konturen einer militärischen Globalisierung, Münster, 2004, S. 125 - 142
- (28) Mansfield, William H., "The evolution of environmental security in a North American policy context", im Internet unter: [www.environmenttimes.net/\\_admin/print.cfm?contentID=103&pageI](http://www.environmenttimes.net/_admin/print.cfm?contentID=103&pageI)
- (29) Kurt M. Lietzmann/Gary D. Vest, Environment and Security... (s. o. Anm. 9)
- (30) Alexander Carius/Eileen Petzold-Bradley/ Stefanie Pfahl, Umweltpolitik und nachhaltige Friedenspolitik. Ein neues Thema auf der internationalen Agenda, im Internet unter: [www.bpb.de/publikationen/RW38NU.html](http://www.bpb.de/publikationen/RW38NU.html)
- (31) Krusewitz, Knut, Umweltkrise als gesellschaftliches Problem. Diss., Bremen 1974; Matzner, Egon, Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise. Österreichs Sozialisten suchen einen Ausweg., Reinbek bei Hamburg 1978, S. 164 – 175; Hampicke, Ulrich, Kapitalistische Expansion ... (s. o. Anm. 1); ders., „Kapitalismus und Umwelt“, in: Argument-Sonderband AS 56: Alternative Umweltpolitik, Berlin 1981, S. 71 - 84
- (32) Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) , Hrsg., Wirtschaft und Umwelt. Die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, Berlin 1983, S.13
- (33) Organization for Economic ... (s. o. Anm. 32), S. 76
- (34) Holzmüller, Tobias, „Gefahr durch Monopole: Globaler Wettlauf um Größe“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 293, 20. Dezember 2005, S. 18
- (35) Ziegler, Jean, Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München 2005, S. 13; Samuel P. Huntington und Johan Galtung im Streitgespräch: „Davos oder Porto Alegre“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 51, H. 1 (Januar) 2006, S. 37 - 51
- (36) Speth, James, Wir ernten... (s. o. Anm. 2), S. 196
- (37) Bericht der Enquete-Kommission ... (s. o. Anm. 32), S. 25
- (38) SIPRI Webside, SIPRI Yearbook 2004, appendix 10A, table 10A.1 and table 10A.3
- (39) SIPRI Webside, SIPRI Yearbook 2005; im Internet unter: <http://yearbook2005.sipri.org/high/highlights>
- (40) White House, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, 1996, im Internet unter: [www.fas.org/spp/military/docops/national19996stra](http://www.fas.org/spp/military/docops/national19996stra), S. 1
- (41) White House, A National..., (s. o. Anm. 40), S. 1
- (42) Scheffran, Jürgen, „Militärs an die Öko-Front?“, in: Wissenschaft und Frieden, Jg. 15, H. 4, 1997, im Internet unter: [www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-97/9740209m.htm](http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-97/9740209m.htm) S. 7

- (43) Vest, Gary D. Strategy, im Internet unter: [www.aepi.army.mil/internet/king-c.](http://www.aepi.army.mil/internet/king-c.), S. 100
- (44) Ruff, N./R. Chamberlain/A. Cousteau, "Report on Applying Military and Security Assets to Environmental Problems", in: Environmental Change and Security Report, No.3, Spring 1997, S.83
- (45) Vest, Gary, Strategy... (s. o. Anm. 43), S. 96
- (46) [www.ecologic-evants.de/ecobase/ecolade/sponsors/php](http://www.ecologic-evants.de/ecobase/ecolade/sponsors/php)
- (47) Carius, A./M. Kemper/S. Oberthür/D. Sprinz (1996): Environment and Security in an International Context, NATO/CCMS Pilot Study, Interim Report, October, in: Environmental Change and Security Project Report, Issue 3, Spring 1997, S.57
- (48) Mansfield, William, The evolution of ... (s.o. Anm. 27), S. 4
- (49) U.S. Environmental Protection Agency, Potential Environmental Health Hazards when Returning to Homes and Business, im Internet unter: [www.epa.gov/katrina/reports](http://www.epa.gov/katrina/reports)
- (50) Bilmes, Linda/Joseph E. Stiglitz, „The Economic Costs of the Iraq War: An Appraisal three Years after the Beginning of the Conflict“, im Internet unter: [www2.gsb.columbia.edu/faculty/stiglitz/costs](http://www2.gsb.columbia.edu/faculty/stiglitz/costs)
- (51) Europäische Kommission, Weißbuch über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Luxemburg 1994, S. 181 f.
- (52) Europäische Kommission, Weißbuch ... (s. o. Anm. 49), S. 176
- (53) Wepler, Claus, Europäische Umweltpolitik. Die Umweltunion als Chance für die materielle und institutionelle Weiterentwicklung der europäischen Integration, Marburg 1999, S. 294 f.
- (54) Europäische Kommission, „Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung“, in: COM [2002] 82 final, nicht im Amtsblatt veröffentlicht; Brussels, 13. Febr. 2002, S. 1 ff.
- (55) Europäische Kommission, „Auf dem Weg ... (s. o. Anm. 52), S. 10
- (56) Müller, Friedrich, „Einschränkung der nationalen Gestaltungsmöglichkeiten und **wachsende** Globalisierung“, in: Kritische Justiz, Jg. 37, H. 2 (April-Juni) 2004, S. 195 f.
- (57) Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie, Hrsg., Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit, Wuppertal 2005, S. 26 f.
- (58) Europäische Kommission, „Auf dem Weg ... (s. o. Anm. 53), S. 5 f.
- (59) Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Umweltgutachten 2002: Für eine neue Vorreiterrolle, Stuttgart 2002, S. 161
- (60) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Hrsg., Überprüfung der EU-Strategie der nachhaltigen Entwicklung 2005: Erste Bestandsaufnahme und künftige Leitlinien, KOM (2005) 37 endgültig
- (61) Kommission, Überprüfung ... (s. o. Anm. 58), S. 9
- (62) Kommission, Überprüfung ... (s. o. Anm. 59) S. 10
- (63) Kommission, Überprüfung ... (s. o. Anm. 60), S. 20
- (64) Kommission, Überprüfung ... (s. o. Anm. 61), S. 22

- (65) European Security Strategy: A Secure Europe in a better World, 12. Dezember 2003, im Internet unter: [www.uni.kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html](http://www.uni.kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/strategie.html)), S. 1
- (66) European Security Strategy, A Secure ... (s. o. Anm. 63), ebda.
- (67) Deutsche Bank Research, Umweltsektor China. Von der Großbaustelle zum Wachstumsmarkt, im Internet unter: [www.dbresearch.de](http://www.dbresearch.de)
- (68) Kommission der Europäischen Gemeinschaften – KOM(2001) 609 Brüssel, den 23.10.2001 KOM (2001) 211 endgültig
- (69) Mitteilung der Kommission der an das Europäische Parlament und den Rat, Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung: Schaffung einer Europäischen Kapazität für GMES - Aktionsplan 2004 – 2008, KOM (2004) 65 endgültig, S. 4
- (70) European Security Strategy, A Secure ... (s. o. Anm. 64), S. 9
- (71) Riemer, Andrea K., „New World Order - Grand Strategies - Gesamtstrategien im 21. Jahrhundert. Eine kritische Einschätzung“, in: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Bd. 7, Wien 2004, S. 38 – 101; Farwick, Dieter, „Grundzüge der politischen Strategie“, in: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Bd.7, Wien 2004, S. 7 – 14
- (72) Riemer, Andrea K., New World Order ... (s. o. Anm. 68), S. 60
- (73) European Security Strategy, A Secure ... (s. o. Anm. 67), S. 13
- (74) Vertrag über eine Verfassung für Europa, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Reihe C Nr. 310, 16. Dezember 2004, Art. I-41, Abs. 3, S. 37
- (75) „Bericht der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel an die Vereinten Nationen, 2. Dezember 2004“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50, H. 1, Januar 2005, S. 114 - 122
- (76) Bericht der Hochrangigen ... (s. o. Anm. 74), S. 115
- (77) Bericht der Hochrangigen ... (s. o. Anm. 75), ebda.
- (78) Geißler, Heiner, „Streitgespräch mit Norbert Röttgen“, in: ZEIT, Nr. 1, 29. Dezember 2005, S. 4

Knut Krusewitz

## **Der Griff nach dem Weltklima**

### **Zur friedenswissenschaftlichen Kritik westlicher Klimapolitik**

*Dieser Beitrag erschien in:  
Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung, Hrsg., Die Neue Weltordnung in der Krise.  
Friedensbericht 2008, Münster 2008, S. 63-79*

#### **1. Einführung**

Die von Friedensforschern<sup>1</sup> bislang geführte Debatte über Zusammenhänge zwischen Friedenswissenschaft und Klimawandel, zwischen Friedens- und Klimapolitik, steht noch am Anfang eines *Problemidentifizierungsprozesses* und ist nicht in der Situation, über *Problemlösungen* befinden zu können. Warum sich dies Verhältnis als Vorteil erweisen könnte, versuche ich mit diesem Beitrag zu begründen.

##### *1.1 Kritik des herrschenden Klimaverständnisses*

Nach Einschätzung des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimafragen (IPCC)<sup>2</sup> bilden seine periodischen Sachstandberichte „weltweit die Standardreferenz für alle mit der Klimaänderung beschäftigten Hochschulen, Regierungen und Industrien. [Der] IPCC führt keine neue Forschung durch, sondern erarbeitet politisch relevante Beurteilungen der existierenden Literatur zu den wissenschaftlichen, technischen und sozioökonomischen Aspekten der Klimaänderung.“<sup>3</sup> Politisch relevante Beurteilungen der Literatur zu den sozioökonomischen Aspekten der Klimaänderung? Was die Verfasser des jüngsten Sachstandberichts als sozioökonomische Aspekte der Klimaänderung deklarierten, nach welchen Kriterien sie die Auswahl der sozioökonomischen Literatur trafen und die Bedeutung ihrer politische Relevanz ermittelten, begründen sie nicht. Zur sozioökonomischen Literatur rechnen sie anscheinend die jährlichen *UNDP-Human Development Reports*<sup>4</sup> so wenig, wie Studien mit emanzipatorisch-kritischen Anspruch, die zum Verständnis der politischen, ökonomischen und militärischen *Ursachen* des Klimawandels beitragen.

Der Grund für ihre selektive Literatúrauswahl ist durchsichtig. Ihnen dürfte seit Gründung des IPCC (1988) bekannt sein, warum die Art der Fragestellung darüber entscheidet, ob ihre Sachstandberichte potenziell mit herrschenden politischen und wirtschaftlichen Klimainteressen kollidieren.

---

<sup>1</sup> Aus Platzgründen wähle ich die verkürzte Schreibweise (Forscher), nicht die vollständige (Forscher und Forscherinnen). Dadurch kann der Eindruck entstehen, die klimawissenschaftlichen Arbeiten von Kolleginnen würden unterschlagen. Ich versichere deshalb, dass sie mir bewusst sind.

<sup>2</sup> IPCC ist das Akronym für Intergovernmental Panel on Climate Change.

<sup>3</sup> Österreichisches Umweltbundesamt u.a., Hrsg., Vierter Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC): Klimaänderung 2007. Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger, Wien 2007, S. IV.

<sup>4</sup> UNDP ist das Akronym für United Nations Development Programme; deutsche Ausgaben seit 1990: [www.uno-verlag.de](http://www.uno-verlag.de)



Zum politisch brisanten Thema wird der globale Klimawandel, wenn Problemlösungskriterien formuliert werden, die strukturpolitische Reformprogramme implizieren<sup>5</sup>. Dauerhaft tragfähige Klimapolitik lässt sich jedoch nur „verwirklichen, wenn sie geplant wird. Marktkräfte oder andere unbewusste und ungesteuerte Phänomene“<sup>6</sup> können die globalen Klimaprobleme nicht lösen.

Die neue Weltlage nach Ende des Kalten Krieges bot dem IPCC die Chance, ein Klimaplanungs-Modell zu entwickeln, mit dessen Hilfe *alle wesentlichen* auf das Weltklima einwirkenden Strukturprobleme<sup>7</sup> erfasst, in ihrer Wechselwirkung dargestellt und praxisverändernd begründet werden können. Dies anspruchsvolle Projekt konnte - oder sollte - der IPCC nicht entwickeln, weil westliche Wirtschafts-, Klima- und Sicherheitspolitiker zur gleichen Zeit (1990-1991) ihre neoliberale Klimazielpolitik konzipierten, mit der sie dann die Verhandlungen zur UN-Klimarahmenkonferenz<sup>8</sup> und ihres *Kyoto-Protokolls*<sup>9</sup> bestritten. Die Klimarahmenkonferenz war für den Kyoto-Prozess von Bedeutung, weil „darin Ziel sowie Grundsätze und grundlegende Verpflichtungen verankert waren. Außerdem gab sie Verfahren und Institutionen vor, die den Rahmen für politisches und diplomatisches Handeln boten.“<sup>10</sup>

Friedenswissenschaftler der *Schlainger Schule* müssen Regierungen und Industrien unter den strukturierenden Zwängen des Klimoliberalismus keine Sachstandberichte vorlegen, weshalb sie die Freiheit zur konkurrierenden Wahrnehmung, Aufarbeitung und Interpretation der globalen Klimaproblematik haben.

### 1.2 Zur Klimaforschung im Kalten Krieg

Über *naturwissenschaftliche* Beziehungen zwischen Energieumsätzen, Treibhausgasen<sup>11</sup>, gefährlichen Veränderungen des Klimasystems<sup>12</sup> und Klimawandel<sup>13</sup> begannen US-amerikanische Meteorologen und Atmosphärenchemiker bereits in den 1960er Jahren zu forschen.<sup>14</sup> Konservative US-Umweltökonomien entwickelten zur gleichen Zeit ein Erklärungs- und Lösungsmodell für die Existenz von Umwelt- und Klimaproblemen in Marktökonomien.

<sup>5</sup> Küppers, Günter et. Al., *Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft ? Eine empirische Studie zum Verhältnis von Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftspolitik*, Frankfurt a. M. 1978, S. 259.

<sup>6</sup> European Commission, ed., *European Sustainable Cities. Report by the Expert Group on the Urban Environment*, Brüssel 1996, p.239.

<sup>7</sup> Auf einige dieser Strukturprobleme wird in diesem Beitrag verwiesen.

<sup>8</sup> Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (engl. Akronym: UNFCCC), der Text der findet sich in *International Legal Materials*, Vol. 13, New York 1992, S. 851 ff.

<sup>9</sup> Oberthür, Sebastian/Hermann E. Ott, *Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert*, Opladen 2000

<sup>10</sup> Oberthür, Sebastian/ Hermann E. Ott, a.a.O. (s. o. Anm. 7); S. 63; S. 64-74 detailliert zu Ziel, Grundsätzen, Verpflichtungen, Institutionen und Verfahren.

<sup>11</sup> Treibhausgase bezeichnen sowohl natürliche als auch gesellschaftlich erzeugte gasförmige Bestandteile der Atmosphäre, die infrarote Strahlung absorbieren und wieder abgeben. Von überragender klimapolitischer Bedeutung ist der seit Jahrzehnten stetig steigende Anteil der ausschließlich gesellschaftlich erzeugten Treibhausgase.

<sup>12</sup> Das Klimasystem besteht aus den fünf Hauptbestandteilen *Atmosphäre, Hydrosphäre, Kryosphäre, Biosphäre*, der Landoberfläche sowie den Wechselbeziehungen zwischen diesen Bestandteilen.

<sup>13</sup> Klimawandel ist definiert als eine statistisch signifikante Abweichung entweder vom mittleren Klimastatus oder von seiner Schwankungsbreite, die über einen längeren Zeitraum hinweg (üblicherweise Jahrzehnte oder mehr) anhält; aus *naturwissenschaftlicher Sicht* wird das Klima wesentlich beeinflusst von wetterbestimmenden physikalischen Prozessen der Atmosphäre sowie durch biologische und chemische Kreisläufe, von denen die Verteilung der treibhauswirksamen Gase im globalen Klimasystem auch abhängt.

<sup>14</sup> Hampicke, Ulrich, „Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung“, in: *Das Argument*, Jg. 17, H. 9/10 (November) 1975, S. 805.

Als Lösung forderten sie einen umweltpolitischen Strategiewechsel, die Ablösung staatlicher Umweltplanung durch Einführung marktkonformer Instrumente, namentlich den Einsatz übertragbarer Emissionsrechte (Emissionszertifikate).<sup>15</sup>

Solche frühen Beiträge zur Klimaforschung stießen wegen der Ost-West-Gegensätze außerhalb der USA nur in der Bundesrepublik Deutschland auf nennenswerte Resonanz.<sup>16</sup>

In dieser Epoche herrschte zwischen NATO und WVO<sup>17</sup> ein Bedrohungs- und Abschreckungsverhältnis, das zwar in den jeweiligen Bündnissen beachtliche Forschungen über Veränderungen des Klimasystems durch atomare Kriege<sup>18</sup> ermöglichte, aber keine über den Klimawandel, der durch das „System einer globalen Polarität der zwei großen außereuropäischen Mächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion“<sup>19</sup> verursacht wurde.

Auf diesem Hintergrund scheiterten auch die verdienstvollen Bemühungen der Vereinten Nationen, intersystemare Klimaforschungen in entspannungspolitischer Absicht<sup>20</sup> oder gar mit friedensfördernden Themenstellungen zu fördern.<sup>21</sup>

Einen rasanten Bedeutungszuwachs der westlichen Klimaforschung ermöglichte erst die Sowjetunion, weil sie einseitig den Systemkonflikt beendete, der nun nicht mehr als organisierendes Prinzip westlicher Klimapolitik behauptet werden konnte. Die dadurch begründete Erwartung, die neue Weltlage würde den Westen veranlassen, sich dauerhaft für eine friedensfähige Entwicklungs- und Klimapolitik zu engagieren, erwies sich jedoch als irrig.

## 2. Ökonomischer Griff nach dem Weltklima

### 2.1 Rationale oder neoliberale Klimapolitik?

Von strategischer Bedeutung für die weltweiten Bemühungen, den Treibhauseffekt zu begrenzen, wurde die 1992 im Rahmen der *Rio-Konferenz* der Vereinten Nationen verabschiedete Klimarahmenkonvention. Darin wurde die Frage der globalen Klimaveränderungen zum *common concern of mankind* erklärt.

Dieser Rechtsstatus besagt, der Schutz dieses natürlichen Kollektivgutes müsse „einem internationalen Bewirtschaftungssystem unter Obhut einer globalen Kommission unterstellt“ werden, die eingegangene Verpflichtungen der Vertragsparteien „quasi treuhänderisch für die Weltgemeinschaft“ wahrnimmt.<sup>22</sup> Die Rechtsfigur des *common concern of mankind* war erstmals von Bedeutung bei den Verhandlungen zur *Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen* (1972).

<sup>15</sup> Bonus, Holger, „Darstellung und Bewertung der neuen flexiblen Auflagen-Konzepte der US-Reinhaltepolitik“, in: Hans-Georg Pohl, Hrsg., Saubere Luft als Marktprodukt. Shell-Umweltsymposium Bonn 1983, Stuttgart 1983, S. 53-82; das Symposium ging auf Initiative des Herausgebers, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Shell, zurück.

<sup>16</sup> Krusewitz, Knut, „Ware Natur. Umweltschutz und Profitinteresse“, in: B. Ronstein, Hrsg., Politik der Wende. Bilanz-Kritik-Alternativen, Hamburg-Zürich 1985, S. 156-176.

<sup>17</sup> Akronym für Warschauer Vertrags-Organisation.

<sup>18</sup> Beispielhaft: Schwedische Akademie der Wissenschaften, Hrsg., Nach dem Atomschlag. Ein Sonderbericht von AMBIO - Zeitschrift zu Umweltfragen der Menschheit, Frankfurt/Oxford/New York/Toronto/Sydney/Paris 1983; Mark A. Harwell et. al., Nuclear Winter. The Human and Environmental Consequences of Nuclear War, New York/Berlin/Heidelberg/Tokyo 1984.

<sup>19</sup> Barraclough, Geoffrey, „Vom europäischen Mächtegleichgewicht zum Zeitalter der Weltpolitik“, in: Ernst Schulin, Hrsg., Universalgeschichte. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 72, Köln 1974, S. 349-376.

<sup>20</sup> Krusewitz, Knut, „Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 24, H. 12 (Dezember) 1979, S. 1425-1429.

<sup>21</sup> United Nations Environmental Programme (UNEP), Umwelt – Weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (1972-1982), Berlin (West) 1983.

<sup>22</sup> Schmidt, Reiner, Einführung in das Umweltrecht, 5. Aufl., München 1999, S. 207.

Damals forderten die sozialistischen Staaten und eine Mehrheit der Entwicklungsländer, natürliche Kollektivgüter wie das Weltklima „in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen des Friedens und der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung [...] sorgfältig zu planen“. „Ein wesentliches Instrument“, um gegebenenfalls widersprüchliche Erfordernisse von Entwicklung und Klimaschutz in Einklang zu bringen, sei „rationale Planung.“<sup>23</sup>

Dies friedensrelevante Planungs- und Entwicklungsverständnis setzten westliche Regierungen und die mit der Klimaänderung beschäftigten *Transnationale Unternehmen* nach 1990 geräuschlos von der Agenda der Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention ab. Sie nutzten diese Verhandlungen dann, um die zukünftige Weltklimapolitik den Regeln einer Wirtschaftsdoktrin unterzuordnen, die Märkten den Status „gesellschaftlicher Definitionszentren“ verlieh, die Marktökonomie zur „Leitwissenschaft“ erhob und ihren „Denkformen [...] alle Wissens- und Lebensbereiche“ unterwarf.<sup>24</sup>

Maßgebliche Neoliberale im internationalen Wirtschafts-, Politik-, und Wissenschaftsbetrieb

- erhoben den Klimoliberalismus zur Leitwissenschaft,
- beeinflussten mit dessen Denkformen das natur- und sozialwissenschaftliche Verständnis vom Klimawandel,
- unterwarfen die internationalen Klimaverhandlungen marktdogmatischen Systemzwängen und ihrer Sachzwanglogik und
- prägten dadurch Ziele und Inhalte der völkerrechtswirksamen UN-Klimavereinbarungen.

Derart regredierten Klimawissenschaft und Klimapolitik auf Glaubenssätze der neoliberalen Weltanschauung.

Dem Klimoliberalismus ist folglich nicht nur ein besonderes Ökonomieverständnis eigentümlich, sondern auch ein Macht- und Führungsanspruch, dessen gewaltförmige Folgeerscheinungen von erheblichem friedenswissenschaftlichem Belang sind.

## 2.2 Klimalliberale dominierten internationale Klimaverhandlungen

Die USA traten den Verhandlungen zur Klimarahmenkonvention bei mit ihrem neoliberalen Konzept aus der Zeit des Kalten Krieges, das rechtlich verbindliche Emissionsziele mit Hilfe flexibler und kostengünstiger Lösungen auf marktwirtschaftlicher Basis erreichen sollte. Als solches Lösungskonzept propagierten sie die Vereinbarung eines *weltweiten Emissionshandelsystems*. Die Möglichkeit, mit Treibhausgas-Emissionen zu handeln, war von zahlreichen Bedingungen abhängig, von denen hier nur zwei interessieren:

- Treibhausgase mussten Warencharakter annehmen - zum „Wirtschaftsgut“ mutieren
- und es war erforderlich, die Emissionsmenge der Treibhausgase zu quantifizieren.

Die erforderliche Obergrenze ließ sich aus systemimmanenten Gründen allerdings nicht marktökonomisch begründen, sondern musste politisch ermittelt und staatlich verrechtlicht werden. USA und EU-Mitgliedstaaten ratifizierten das *Kyoto-Protokoll* (1997)<sup>25</sup> erst, als ihnen die Möglichkeit zugestanden wurde, einen wesentlichen Teil ihrer quantifizierten Emissionsreduktionsziele über den Handel zu erfüllen.

<sup>23</sup> Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 „Resultate“, in: Beiträge zur Umweltgestaltung, Bd. A 10, Berlin (West), 1973, S. 163 ff.;

<sup>24</sup> Mark-Ungericht, Bernhard, „Der Kampf um die (De-)Regulierung internationaler Wirtschaftstätigkeit - Über das schwierige Verhältnis zwischen Transnationalen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen“, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Hrsg., Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg, 2. Aufl., Münster 2006, S. 257.

<sup>25</sup> Oberthür/Ott, Das Kyoto-Protokoll... (s. o. Anm. 14), S. 247.

Völkerrecht wurde zum Instrument, das die machtvermittelte westliche Klimapolitik legitimiert. Es soll dadurch ihre Vergesellschaftung durch den Preismechanismus erleichtern, mit dem eine neoliberale Weltklimaordnung im Sinne zunehmender Inwertsetzung der Natur erreicht werden soll. Auf diesem Hintergrund verbreiten die Klimaliberalen die Illusion, der Emissionshandel löse das globale Klimaproblem in der monetären Form der Ökonomie auf.

Es ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich, auf die umfangreichen Probleme einzugehen, die in den folgenden Jahren durch die technische Ausgestaltung des Emissionshandels entstanden<sup>26</sup>; über seine *friedensrelevanten Modellannahmen* wird im folgenden Kapitel indes noch zu reden sein.

In nur sechs Jahren war es der *Triade*<sup>27</sup> gelungen, die intersystemaren Bedingungen der Klimapolitik des Kalten Krieges in den Klimakapitalismus der neoliberalen Globalisierung zu transformieren. Und um den Rest der Menschheit an der Entwicklung dieses beeindruckenden Projekts teilhaben zu lassen, versprach US-Präsident George W. Bush in seinem Vorwort zur *National Security Strategy 2002*: „We will actively work to bring the hope of democracy, development, free markets, and free trade to every corner of the world.“<sup>28</sup>

Der Einfluss des Westens auf die Gestaltung der internationalen Klimapolitik wird durch den Kyoto-Prozess zunehmen, weil er die „Ausweitung des Anwendungsbereichs von marktwirtschaftlichen Mechanismen wie z.B. Emissionshandel“<sup>29</sup> beschleunigt, eine Bedingung, die dem Westen den *Griff nach dem Weltklima*<sup>30</sup> erleichtert. Seine Herrschafts- und Entscheidungseliten müssen dies Ziel verfolgen, weil ihr Gesellschafts-, Wirtschafts- und Militärsystem das einzige ist, dem eine säkulare Wachstumsdynamik und ein atmosphärisch-interplanetarischer Expansionsdrall immanent sind.<sup>31</sup>

Die friedenswissenschaftliche Konsequenz lautet: Sie können die marktdogmatischen Systemzwänge ihres kapitalistischen Wachstums- und bürgerliches Wohlstandsmodells - die auch ihre Klimainteressen dauerhaft privilegieren -, nur durch eine machtgestützte *Weltklimapolitik* verteidigen. Darauf komme ich weiter unten zurück.

### 3. Klimaverändernde Emissionen als Friedensthema

#### 3.1 Die Grundannahmen des Klimoliberalismus

Nach den Regeln der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin müssten klimabezogene Produktionsentscheidungen nach Maßgabe individueller Präferenzen getroffen werden, wie es bei allen anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten der Fall sein soll. Wer anders als die souveränen Konsumenten hätten das Recht, den Zustand des Klimasystems zu bestimmen?

<sup>26</sup> Oberthür/Ott, Das Kyoto-Protokoll... (s. o. Anm. 14), S. 248-264.

<sup>27</sup> Triade nannte Edzard Reuter, der frühere Vorstandsvorsitzende von Daimler-Benz, das Bündnis zwischen USA, Japan und den EU-Staaten; ders., „Wider das Schweigekartell der OBERINGENIEURE“, in: DIE ZEIT, Hrsg., Wie teuer ist uns die Natur? Ökonomie und Ökologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Hamburg 1995, S. 23; in diesem Beitrag verwende ich die Begriffe „Triade“ und „Westen“ synonym.

<sup>28</sup> Bush, George W., „Vorwort“ zur U.S. National Security Strategy 2002, Washington 2002, S. 4.; die Bewohner der bereits vom Anstieg des Meeresspiegels bedrohten kleinen Inseln in der Karibik und im Pazifik werden ihr Glück kaum fassen können.

<sup>29</sup> IPCC, Hrsg., Klimaänderung 2007: Wissenschaftliche Grundlagen. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, Bern/Wien/Berlin 2007, S. 64.

<sup>30</sup> Variation der Titels von Fritz Fischers überragender Studie „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18“, Nachdruck der Sonderausgabe 1967, Kronberg 1977.

<sup>31</sup> Zinn, Karl Georg, Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, Köln 1998, S. 107.

Wenn die Marktökonomie folglich generell die Güter produziert, die nachgefragt werden, dann müsste sie auch die Klimaqualität herstellen, die Menschen haben wollen. Und das ist im Fall des natürlichen Kollektivgutes *Weltklima* nicht möglich. Dies Kollektivgut stellt die Neoliberalen vor Anforderungen, die sie mit marktwirtschaftlichem Instrumentarium nicht bewältigen können.<sup>32</sup>

Über die Gründe wird jetzt zu reden sein.

Neoliberale Umweltökonomien erklären den Klimawandel als Problem *negativer externer Effekte* der Privatwirtschaft. Diese Effekte interessieren, weil die Regenerationsfähigkeit des Klimasystems ein Produktionsfaktor ist. Eine unbeeinträchtigte Regenerationsfähigkeit ist ökonomisch ein knappes Gut, für das jedoch kein Preis existiert. Emittiert ein Unternehmen erhebliche Mengen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre, verringert es die Regenerationsfähigkeit des Klimasystems, verknappt folglich den Produktionsfaktor. Da kein Preismechanismus dafür sorgt, dass die CO<sub>2</sub>-Emission teuer wird, besteht für den Emittenten kein marktlicher Anreiz zur Reduzierung des Treibhausgases. Und weil in Marktsystemen alle Unternehmen ihre Interessen egoistisch verfolgen, wollen sie ihre Kosten minimieren und ihre Gewinne maximieren, weshalb sie, vom Eigeninteresse geleitet, möglichst viele Treibhauskosten externalisieren. Kollektivgüter wie das Klima stehen „im Gegensatz zu marktgängigen Gütern nicht unter dem Schutz des Preissystems. Egoistische Gewinn- und Nutzenmaximierung werden sie daher in einem unkorrigierten Marktsystem rücksichtslos ausbeuten.“<sup>33</sup>

Weil die Privatwirtschaft ständig solche negativen externe Effekte verursacht, lässt sich über den Marktmechanismus keine volkswirtschaftlich optimale Allokation<sup>34</sup> erreichen. Die Folge ist Marktversagen. Um es zu korrigieren, müssten die Klimaeffekte internalisiert, monetarisiert und den Verursachern angelastet werden (Verursacherprinzip).<sup>35</sup> Soweit die Modellannahme.

### 3.2 Realität

Tatsächlich konnten neoliberale Umweltökonomien die „konzeptionellen und praktischen Schwierigkeiten einer Internalisierung negativer externer Effekte“ nicht überwinden, weil das Konkurrenz-Preissystem diese Effekte aus seinen Funktionsbedingungen hervorbringt.<sup>36</sup> Ihre Verursacher verändern jedoch nicht nur das Klima, sondern sie stören durch die Verletzung von Eigentumsrechten immer wieder den Rechtsfrieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, und sie gefährden Gesundheit und Leben.<sup>37</sup>

Wegen des unlösbaren Internalisierungsproblems wandten sich die Umweltliberalen „verstärkt der Analyse pragmatischerer Instrumente des Umweltschutzes“ zu und untersuchten, auf welche Weise sich solche Effekte, wenn schon nicht vollständig, so wenigstens um „einen bestimmten Betrag“ reduzieren lassen.

Ergebnis: Das „Ausmaß“ dieses bestimmten Betrages „wird nicht mehr durch ökonomische Optimierung wie bei der Internalisierung bestimmt, sondern als ein politisch, staatlich vorgegebenes, den Belangen der Umwelt dienendes Ziel angesehen.“

<sup>32</sup> Hampicke, Ulrich, „Kapitalismus und Umwelt“, in: Alternative Umweltpolitik, in: Argument-Sonderband AS 56, Berlin (West) 1981, S. 72ff.

<sup>33</sup> Endres, Alfred, „Wirtschaftspolitische Instrumente im Umweltschutz“, in: Hartwig Donner et. al., Hrsg., Umweltschutz zwischen Staat und Markt, Baden-Baden 1989, S. 270.

<sup>34</sup> Zuweisung von Gütern und Faktoren (Kapital, Arbeit) in Hinblick auf Personen und Produktionsprozesse; in Marktwirtschaften wird die A. primär über Güter- und Faktorpreise (Preismechanismus) bestimmt.

<sup>35</sup> Endres, Alfred, „Umwelt- und Ressourcenökonomie“, in: Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1996, S. 1123 f.; Streitferdt, Lothar/Andreas Pfnür, „Öko-Controlling“, in: Karl-Werner Hansmann, Hrsg., Umweltorientierte Betriebswirtschaftslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 1998, S. 376 f.

<sup>36</sup> Roloff, O., „Der polit-ökonomische Kampf um die Theorie öffentlicher Umweltschutz-Aufgaben und -Ausgaben“, in: O. Roloff/W. Wild, Hrsg., Umweltschutz in öffentlichen Budgets, Regensburg 1986, S. 159.

<sup>37</sup> Roloff, a.a.O. (s. o. Anm. 2), S. 184.

Als Näherungsgröße für das Ausmaß der negativen externen Effekte werden die Emissionsmengen von Schadstoffen akzeptiert.<sup>38</sup> Selbst aus neoliberaler Sicht funktioniert Klimapolitik in Marktsystemen also erst, wenn der Staat - Eigentümer der Klima-Regenerationsfähigkeit -, die Emissionen zu einem Wirtschaftsgut macht, indem er die Schadstoffmengen politisch festlegt.

Selbstkritische Neoliberale räumten ein, dass ein „unkorrigiertes Marktsystem“ das Klimaproblem nicht löst.<sup>39</sup> Sie erwarteten aber von der Internationalisierung marktwirtschaftlicher Mechanismen im Rahmen der UNO-Klimarahmenkonvention und ihres Kyoto-Protokolls die klimaverträgliche Korrektur des Systems. Den Reformprozess müssten Staat und Privatwirtschaft gemeinsam planen. Der Staat solle die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen schaffen, sich auf die *Politik des peripheren Eingriffs* beschränken. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht waren die staatlichen Maßnahmen so auszugestalten, dass die Internalisierungsleistung der einzelnen Unternehmen nicht durch Auflagen und/oder Abgaben bestraft, sondern durch Zuteilung von Verschmutzungs- oder Emissionsrechten belohnt würden.

Dies Modell verwirklichten die mächtigsten volks- und weltwirtschaftlichen Akteure, die *Transnationalen Unternehmen*, „nicht nur ökonomische, sondern auch gesellschaftliche und politische Schlüsselakteure“.<sup>40</sup> Sie brachten „mit dem Emissionshandel das wichtigste Instrument in der internationalen Klimapolitik auf den Weg“<sup>41</sup>, ein marktkonformes Instrument zur Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen, das nicht zufällig „mit anhaltendem Wirtschaftswachstum und Wohlstand vereinbar“<sup>42</sup> ist. Der Optimismus über die Erfolgsbilanz neoliberaler Weltklimapolitik dürfte angesichts ihrer friedensgefährdenden humanitären Konsequenzen nicht lange anhalten.

## 4. Klimawandel bedroht seine Hauptverursacher

### 4.1 Westliche Klima- als Sicherheitspolitik vor Kyoto

Konzeptive Militär-, Bedrohungs- und Sicherheitsideologen<sup>43</sup> nahmen weder *vor* noch *nach* Kyoto an, die prognostizierten Veränderungen des Klimasystems<sup>44</sup> ließen sich durch private Investitionen in Emissionsrechte und Spekulationen an Klimabörsen bannen.

<sup>38</sup> Endres, „Wirtschaftspolitische...“ (s. o. Anm. 22), S. 272.

<sup>39</sup> Endres, „Wirtschaftspolitische...“ (s. o. Anm. 22), S. 270.

<sup>40</sup> Mark-Ungericht, „Der Kampf...“ (s. o. Anm. 11), S. 255.

<sup>41</sup> Der Chefökonom der Deutschen Bank in einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau, Nr. 20, 24. Januar 2008, S. 3.

<sup>42</sup> Brunnengräber, Achim/Simon Wolf, „Der europäische Klima-Kapitalismus“, in: Informationsbrief Wirtschaft und Entwicklung, Nr. 3-4 (März/April) 2008, S. 4.; dazu die differenzierte Kritik von Udo Müller, „Umweltpolitik“, in: Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1996, S. 1109-1120.

<sup>43</sup> Einen konzeptiven Militär- und Sicherheitsideologen nenne ich, wer öffentlichkeitswirksam Fehlmeinungen vertritt, um klassengesellschaftliche Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zu rechtfertigen.

<sup>44</sup> Erstmals bewertet der 4. IPCC-Bericht die Klimafolgen bei der künftig erwarteten Temperaturerhöhung bis 2100. In den nächsten 30 Jahren rechnen der Weltklimarat mit einem Anstieg der Temperaturen um rund 0,7 Grad Celsius. Sollte die Durchschnittstemperatur in diesem Jahrhundert jedoch um mehr als zwei Grad oder sogar um mehr als drei Grad über vorindustrielles Niveau ansteigen, wäre die menscheitsgefährdende Veränderung der Biosphäre irreversibel. Um zu verhindern, dass die globale Temperatur um mehr als 3 Grad über das vorindustrielle Niveau ansteigt, müsste der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre bei 450 ppmv (parts per million volume/10<sup>-6</sup>) stabilisiert werden. Tatsächlich aber nimmt die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre exponentiell zu (mehr als 2 ppm jährlich), die kritischen 450 ppm mithin bereits in 35 Jahren überschritten.“ Der Sachstandsbericht (AR4) des IPCC (2007) über Klimaänderungen: Wissenschaftliche Grundlagen, stellt den aktuellen Kenntnisstand zu den wissenschaftlichen Grundlagen der Klimaänderung dar und ist der erste von drei Teilbänden des 4. Sachstandsberichts; in: [www.bmbf.de/pub/IPCC\\_kurzfassung.pdf](http://www.bmbf.de/pub/IPCC_kurzfassung.pdf).

Sie begannen deshalb unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges ihre kriegserprobten Methoden zur Aufklärung von Bedrohungslagen an die Anforderungen der neuen Weltlage anpassen.

Eine der ersten Analysen der „neuen Bedrohungen“ lieferten 1990 Sachverständige aus „Forschung und Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, sowie Verwaltung, Parlament und Publizistik“ in einem *Expertenbericht*. Darin las man: „Die politischen Umwälzungen in Osteuropa und Deutschland“ hätten die „Rahmenbedingungen deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend gewandelt.“ Es zeichneten bereits sich „neue Herausforderungen zum Teil globaler Natur ab“ - Umweltbedrohungen etwa -, „die heute [1990!] die Sicherheit Europas gefährden“.<sup>45</sup> Dies Gefährdungskonstrukt war eine gezielte Irreführung der an raschen umwelt- und friedenspolitischen Fortschritten interessierten Öffentlichkeit. Denn die NATO hatte bereits 1969 - auf dem Höhepunkt der *US-Umweltkriegsführung* in Vietnam und im Vorfeld der *Ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen*<sup>46</sup> -, einen *Umweltausschuss* (CCMS)<sup>47</sup> gegründet.

Er sollte einen Handlungsrahmen zur Bewältigung der „weltumspannenden ökologischen Krise“<sup>48</sup> erarbeiten. Die frühe Beschäftigung der NATO mit weltökologischen Problemen hatte damals zwar vor allem militärstrategische, aber auch innen- und außenpolitische, wissenschaftliche, stabilitäts- und sicherheitspolitische Gründe.<sup>49</sup>

Die konservative Bundesregierung veränderte zwischen 1990 und 1992 den Verteidigungsauftrag der *Bundeswehr*. Die Zielrichtung des neuen Auftrags formulierte sie im Januar 1992: „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität; die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.“<sup>50</sup> Diese Aufgabenstellung, ökonomische Interessen ´im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung´ mit Militär abzusichern, zeigte die umfassende Neuorientierung klar.<sup>51</sup> Die friedenspolitische Brisanz dieses Strategiewechsels bestand darin, dass der „Verteidigungsbegriff gegen den Interessenbegriff als zentrale Kategorie der künftigen Aufgabendefinition der Bundeswehr“<sup>52</sup> ausgetauscht wurde.

Rechtzeitig zu Verhandlungsbeginn der Klimarahmenkonferenz setzten die US-Militärs „environmental degradation“ beziehungsweise „environmental stress“ auf ihre „new global agenda“.<sup>53</sup>

<sup>45</sup> Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Hrsg., Bericht einer Expertengruppe: Beobachtungssatelliten für Europa, Bonn 1990, S. 1.

<sup>46</sup> Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen in Stockholm (5-16. Juni 1972), „Resultate“, in: Beiträge zur Umweltgestaltung, Bd. A 10, Berlin (West) 1973, S. 159-239.

<sup>47</sup> Akronym für Committee on the Challenges of Modern Society.

<sup>48</sup> NATO, Hrsg., Das Atlantische Bündnis und die Umweltkrise, Brüssel 1971, S. 35: „Für die Verschlechterung und den Verfall der Umwelt und der Ökologie und die damit verbundenen sozialen Erschütterungen, die für die etablierte Ordnung in den entwickelten Ländern vielleicht die ernsteste Bedrohung darstellen [!], gibt es in der Menschheitsgeschichte [...] kein Vorbild. Diese Form der Zusammenarbeit erfordert neue Arten von Bündnissen, damit die konzentrierte Kraft aller Beteiligten gegen den drohenden Umweltverfall eingesetzt werden kann.“

<sup>49</sup> Krusewitz, Knut, Umweltkrieg. Militär, Ökologie und Gesellschaft, Kronberg 1985, S. 17-47.

<sup>50</sup> Bundesminister der Verteidigung, Hrsg., Verteidigungspolitische Richtlinien, veröfftl. Manuskript, Bonn 1992, S. 16.

<sup>51</sup> Bald, Detlev, Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte (1955 – 2005), München 2005, S. 144f..

<sup>52</sup> Mutz, Reinhard, „Schießen wie die anderen? Eine Armee sucht ihren Zweck“, in: Dieter S. Lutz, Hrsg., Deutsche Soldaten weltweit?, Reinbek 1993, S. 22.

<sup>53</sup> White House, ed., National Security of the United States of America, Washington DC 1991, Chapt. VI.

1994 prognostizierte die *National Security Strategy* (NSS) „der zunehmende Konkurrenzkampf [sic!] um die 'freien' Güter sauberes Wasser, saubere Luft, ergiebige Fischgründe und Ackerland könne weltweit zu politischen Instabilitäten führen.“<sup>54</sup> Der nächste Schritt führte zur Gründung einer Unterabteilung für *Environmental Security* im *Pentagon*. Ihr Auftrag: „Umweltverantwortliches Handeln durch militärische Einheiten sicherzustellen, wo auch immer sie seien; angemessenen Zugang zu Land, Luft und Wasser sicherzustellen, um einen Verteidigungsauftrag durchführen zu können; zu verstehen, wann die Umweltbedingungen zur Instabilität beitragen und wie die Umwelt in den Zusammenhang von Krieg und Frieden hineinpasst; verteidigungsbezogene Belange in die Entwicklung nationaler Sicherheit einzubringen; zu untersuchen, wie Verteidigungskomponenten als Instrumente der globalen US-Umweltpolitik dienen können.“<sup>55</sup>

Im Jahre 1995 setzte die US-Regierung das Thema *environmental security* (Umweltsicherheit) auf die NATO-Agenda, worauf der *Nordatlantikrat* empfahl, im Rahmen des CCMS eine Pilotstudie über *Umwelt und Sicherheit im internationalen Kontext* erarbeiten zu lassen. Ihr Abschlussbericht propagierte das US-Verständnis von globalisierten Umweltgefahren. Deshalb avancierte die Pilotstudie rasch zur Referenzstudie. Mit ihr beeinflusste die NATO dann die sicherheits- und friedenspolitische Diskussion in zahlreichen Staaten und innerhalb der europäischen Union.<sup>56</sup>

#### 4.2 Klima- als Sicherheitspolitik nach Kyoto

In den USA entdeckte die CIA ein Jahr nach Kyoto, „that many threats to world peace today are a result of environmental problems.“<sup>57</sup> In der Bundesrepublik Deutschland versicherten Militärs und Verteidigungspolitiker zwei Jahre nach Kyoto, sie würden zukünftig Sicherheitspolitik als „dynamisches Zusammenspiel von politischen, wirtschaftlichen, völkerrechtlichen, ökologischen, sozialen, kulturellen und militärischen Elementen“<sup>58</sup> betreiben. Bis zu klimapolitisch begründeten Interventionskriegen zur Verteidigung neoliberaler Sicherheitsinteressen war es da nicht mehr weit.

EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und EU-Chefdiplomat Javier Solana erklärten kürzlich in einem klimapolitischen Positionspapier, das sie an die Staats- und Regierungschefs der EU adressierten, den *Klimawandel* zum „Bedrohungs-Multiplikator“.<sup>59</sup> Auf dies „neue Sicherheitsrisiko“ sollen die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit Verstärkung ihrer „militärische[n] Planungen [!] und Kapazitäten [!]“ reagieren.<sup>60</sup> Wer annimmt, die Militarisierung der globalen Klimapolitik sei allenfalls ein Thema für berufsmäßige Bedrohungs- und Sicherheitsanalytiker, der irrt. „Zahlreiche internationale und regionale Einrichtungen, darunter die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben sich des Themas angenommen und unter unterschiedlichen Gesichtspunkten Fragen der Risiken von Umweltveränderungen, ihres Konfliktpotentials und der Konfliktprävention sowie entsprechende institutionelle Verankerungen aufgegriffen.“<sup>61</sup>

<sup>54</sup> Clinton, William J. A *National Security Strategy*, Washington D.C. 1994, S. 15.

<sup>55</sup> Ruff, N./R. Chamberlain/A. Cousteau, „Report on Applying Military and Security Assets to Environmental Problems“, in: *Environmental Change and Security Report*, No.3, Spring 1997, S.83.

<sup>56</sup> Lietzmann, Kurt M./Gary D. Vest, *Environment and Security in an International Context*, Final Report of the NATO-Committee on the Challenges of Modern Society, Report No. 232, Brussels 1999; Alexander Carius/Eileen Petzold-Bradley/ Stefanie Pfahl, *Umweltpolitik und nachhaltige Friedenspolitik. Ein neues Thema auf der internationalen Agenda*, Internet: [www.bpb.de/publikationen/RW38NU.html](http://www.bpb.de/publikationen/RW38NU.html).

<sup>57</sup> CIA, *Environment Report* vom 15. Mai 1998, in: Internet [www.fas.org/irp/news/1998705/980515-cia](http://www.fas.org/irp/news/1998705/980515-cia), S. 1

<sup>58</sup> Bundesministerium der Verteidigung, *Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Bonn 1999, S. 156.

<sup>59</sup> Darüber berichteten zuerst die *Financial Times* Deutschland: „EU warnt vor Krisen wegen Klima“, [www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/print](http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/services/print).

<sup>60</sup> Kornelius, Stefan, „EU: Klimawandel ist Sicherheitsrisiko“, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 58, 8. März 2008, S. 8.

<sup>61</sup> *Ecologic, Umwelt und Sicherheit: Forschungserfordernisse und Forschungsprioritäten*, Berlin 1999, S. 48f.



Verkehrung der Ursachen.

Anscheinend planen mächtige politische, ökonomische und militärische Instanzen vorgeblich friedlicher westlicher Demokratien, die humanitären *Folgen* des Klimawandels nur noch marktökonomisch *und* militärisch zu mindern. Weil dann aber die herrschenden Produktions-, Verteilungs- und Konsumstrukturen nicht als wesentliche *Ursache* des Klimawandels erscheinen dürfen, müssen die Veränderungen des Klimasystems zur Bedrohung des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells erklärt werden.

#### 4.3 Immanente Kritik

Diese Entwicklung war für bedeutende westliche Institutionen vorhersehbar.

1994 warnte die damalige EU-Kommission davor, die gegebenen industriellen Produktions- und Verbrauchsmuster in Europa „auf die ganze Welt“ auszudehnen, weil die Erde nicht „ein Zehnfaches der derzeit verfügbaren Ressourcen“ bereit stellen könne. Die Kommission machte „die damit [!] zusammenhängenden Formen der Umweltschädigung“ für die Bedrohung [!] des natürlichen Gleichgewichts des Klimas verantwortlich. Und sie prognostizierte „weltweite Verteilungskämpfe“, „falls es nicht gelingt, die gegenwärtigen Trends“ durch ein „tauglicheres Wirtschaftsmodell“ umzukehren.<sup>62</sup>

Eine ähnlich selbsteinsichtige Position vertraten bereits fünfzehn Jahre vorher zwei US-Behörden, der *Council on Environmental Quality* und das *Department of State*. In dem von ihnen herausgegebenen Report *Global Future*, der Fortschreibung des weltweit verbreiteten Berichts *Global 2000*, las man: Die „USA als großer Ressourcenverbraucher der Welt“ haben „eine Verpflichtung, ihre eigenen Tätigkeiten zu überprüfen und ihre Politik und Programme in angemessener Weise in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen.“<sup>63</sup> Solche Tätigkeiten „umfassen Handlungen mit außergewöhnlich schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesundheit oder die Umwelt im Ausland, Handlungen mit Auswirkungen auf völlig unbeteiligte Länder“ sowie „Handlungen mit Beeinträchtigungen der globalen Umwelt, die allen gemeinsam gehört [!]“. <sup>64</sup>

Die radikalste Kritik übte 1983 ein Bericht der *Organization for Economic Cooperation and Development* (OECD) „Viele der Umwelt- und Ressourcenprobleme auf Weltebene ergeben sich hauptsächlich aus den Produktions- oder Konsumstrukturen oder aus der Technologie der Länder der OECD. [Die] meisten Ressourcenprobleme, auf die die Entwicklungsländer sehr schnell treffen, ergeben sich aus der Wirtschafts- und Handelspolitik und aus anderen Politiken der Länder der OECD.“<sup>65</sup> Die OECD warnte damals: Die stetige Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentrationen in der Atmosphäre hätte „innerhalb des nächsten Jahrhunderts so große klimatische Veränderungen zur Folge“, dass „es weltweit zu wesentlichen physikalischen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen kommen würde.“ Da die Mitgliedstaaten der OECD Anfang der 1980er Jahre „für ungefähr zwei Drittel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich“ waren, sei es „hauptsächlich Sache der OECD-Länder“, die „zukünftigen Auswirkungen zu vermeiden.“<sup>66</sup>

Die zitierten Kritiken lesen sich über weite Passagen wie ein Gegenprogramm zu den Bedrohungsanalysen des *Sicherheits-Kartells*. Sie verkürzen die Veränderungen des

<sup>62</sup> Europäische Kommission, Hrsg., Weißbuch über Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Luxemburg 1994, S. 176.

<sup>63</sup> Bechmann, Arnim/Gerd Michelsen, Hrsg., GLOBAL 2000: Die Fortschreibung des Berichts an den Präsidenten, Freiburg 1981, S.173.

<sup>64</sup> Bechmann/Michelsen, Global... (s. o. Anm. 60), S. 171.

<sup>65</sup> OECD, Hrsg., Wirtschaft und Umwelt. Die Verflechtung von Ökonomie und Ökologie, Berlin 1983, S. 13

<sup>66</sup> OECD, Hrsg., Wirtschaft...(s. o. Anm. 64), S. 17 ff.

Klimasystems nicht auf ihre natur- und informationswissenschaftlich ermittelten Daten und blenden dadurch die krisenverursachenden Eigentums-, Herrschafts- und Wirtschaftsverhältnisse, sozialen Konflikte, Weltmarktkonkurrenz oder Kriege nicht aus, kurz all das, was zur friedenswissenschaftlichen Identifizierung der globalen Klimagefahren beiträgt.

## 5. Militärischer Griff nach dem Weltklima

### 5.1 Verdrängung des Kriegs als Klimagefahr

Von friedenswissenschaftlichem Belang ist nicht nur die Militarisierung der Klimapolitik, sondern auch die Militarisierung des Klimasystems und des erdnahen Weltraums. Infrastruktur und Übungsgebiete für nukleare und konventionelle Militärarsenale beanspruchen die Nutzung der Kontinente, der Weltmeere, des Klimasystems und des Weltraum. Die permanente Bereitschaft zur weltweiten Kriegsführung erfordert stetig wachsende Aufwendungen für satellitengestütztes Monitoring aller denkbaren Schlachtfelder.

Angesichts dieser Entwicklung lässt sich die Frage unschwer beantworten, warum der westliche Wissenschafts-, Politik- und Medienbetrieb seit geraumer Zeit zwar den *Klimawandel als Kriegsgefahr* thematisiert<sup>67</sup>, den *Krieg als Klimagefahr* aber verdrängt, obwohl die Wetter- und Klimamodifikation<sup>68</sup> seit Jahrzehnten eines der bevorzugten militärischen Forschungs- und Betätigungsfelder ist.

Diesen Befund will ich am Beispiel der *Wetterkriegsführung* illustrieren, eines besonders beeindruckenden Beitrags des Militärs zum besseren Verständnis des Klimawandels.

### 5.2 Wetter- und Klimamanipulation

1960 veröffentlichte das *U.S. Naval Institute* einen Beitrag zur Bedeutung der Wetterkriegsführung. "The question is no longer: Will mankind be able to modify the weather on a large scale and control the climate [but] which scientists will do it first, American or Russian? The ability to control the weather and climate will become America's and the Free World's key to survival".<sup>69</sup>

Die Möglichkeit zur Wetterkriegsführung bot sich der US-Luftwaffe während des Vietnamkrieges. Zwischen 1966 und 1972 versuchte sie rund 2 700 Mal, das Wetter in Indochina zu manipulieren. Erste künstliche Regenfälle wurden in Geheimaktionen über Laos als Kriegswaffe erprobt (1965), dann von 1967-1972 über Süd- und Nordvietnam.<sup>70</sup>

Nach jahrelangem Leugnen gab das Pentagon zu, in den Jahren 1965 -1972 im Grenzgebiet von Vietnam über dem 'Ho-Chi-Minh-Pfad' mit Erfolg Regenbomben abgeworfen zu haben, um den Nachschub der Nordvietnamesen zu unterbrechen.

„47 409 Nebelpatronen aus Leichtmetall, nur 4 cm lang, mit einer Silberjodidfüllung und einem Brandsatz wurden abgeworfen. Dadurch wurde der Monsunregen so verstärkt, dass der

<sup>67</sup> Beispielhaft: Gustav. W. Sauer, „Wie der Treibhauseffekt die Kriegsgefahr verschärft“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 247, 24. Oktober 1997, S. 12; Harald Welzer, Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt am Main 2008.

<sup>68</sup> Die Unterscheidung zwischen Wetter- und Klimamodifikation ist eine völkerrechtliche, keine naturwissenschaftliche Vereinbarung.

<sup>69</sup> Kotsch, William S., „Weather Control and National Strategy“, in: U.S. Naval Institute Proceedings, July 1960, S. 76.

<sup>70</sup> Westing, Arthur H., Ecological Consequences of the Second Indochina War, Stockholm 1976, S. 55 f.

Pfad unpassierbar war. Ein Zusammenhang mit einer Überschwemmungskatastrophe 1971 in Nordvietnam mit zahlreichen Deichbrüchen wurde bestritten.<sup>71</sup>

Das Interesse des US-Militärs, Wetter und Klima als Waffe zu nutzen, stieg seither ständig. 1975 befasste sich die Harvard-Professorin Edith Brown-Weiss mit einschlägigen Forschungsprojekten und verwies auf eines der U.S. *Advanced Research Projects Agency* des Pentagon, das modellhaft Beziehungen zwischen globaler Klimabeeinflussung, Klimaveränderungen und Folgen von Klimaveränderungen darstellbar machen sollte.<sup>72</sup>

Inzwischen dürfte das Projekt der US-Airforce *Owning the Weather in 2025* den fortgeschrittensten Stand der Wetterkriegsforschung repräsentieren. Projektziel ist der Erwerb von Mitteln und Fähigkeiten zur geophysikalischen Kriegsführung, zur Wetterkriegsführung über dem Territorium des Gegners. „In 2025 US aerospace forces can own the weather by capitalizing on emerging technologies. [...]. Such capability offers the war fighter tools to share the battlespace in ways never before possible.“<sup>73</sup>

Wer den Griff nach dem Weltklima mit Methoden und Mitteln der Wetterkriegsführung fördert, kann das Weltklima nicht in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen des Friedens und der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nutzen. Er kann das Weltklima in Übereinstimmung mit den feststehenden und fundamentalen Zielen der neoliberalen Klimapolitik nur planvoll zerstören.

---

<sup>71</sup> Moll, Walter L. M., Taschenbuch für Umweltschutz, Bd. III: Ökologische Informationen, Darmstadt 1980, S. 30 f.

<sup>72</sup> Brown-Weiss, Edith, „Wettermanipulation als Waffe“, in: Freimut Duve, Hrsg., Technologie und Politik, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 48.

<sup>73</sup> House, Tanzy J., et.al., Wheather as a Force Multiplier: Owing the Weather in 2025, im Internet: [www.au.af.mil/au/2025](http://www.au.af.mil/au/2025).